

# Studienabschlussarbeiten

Faculty of Social Sciences

UNSPECIFIED

Haszczyn, Bartlomiej Augustyn:

Die Rolle des Ausnahmezustand für die Securitization der Migration während der Krise an der polnischbelarussischen Grenze

Bachelor, Summer Semester 2022

Faculty of Social Sciences UNSPECIFIED UNSPECIFIED

Ludwig-Maximilians-Universität München

https://doi.org/10.5282/ubm/epub.93344



LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT





# 2022

Bartlomiej Augustyn Haszczyn

Die Rolle des Ausnahmezustand für die Securitization der Migration während der Krise an der polnischbelarussischen Grenze

Bachelorarbeit bei Dr. Lars Colschen 2022

# Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung: Von der Migrationskrise 2015 zur Migrationskrise 2021
2 Theoretischer Rahmen
2.1 Ausnahmezustand – Begriffsklärung, polnischer Kontext und Forschungsstand
2.2 Securitization und Desecuritization Theorie – Erläuterung, Bezug zur Migration und Forschungsstand
3 Methodik: Inhaltsanalyse mit Elementen einer Diskursanalyse
4 Analyse des Untersuchungsmaterials
4.1 Securitization der Migration und ihr Erfolg vor der Einführung des Ausnahmezustands22
4.2 Darstellung der Migration nach der Einführung des Ausnahmezustands durch den Minister fü Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung
4.3 Analyse der Medienberichte vor und nach der Einführung des Ausnahmezustands28
5 Fazit: Konkurrenz um die Deutungshoheit und Ausblick auf die Flüchtlingswelle aus der Ukrain
202238
6 Literaturverzeichnis
7 Anhang54
7.1 Beispielhafte Frames von jeder Kategorie und das Codebuch
7.2 Transkriptionen der Pressekonferenzen vom 31.08, 02.09 und 27.09.2021
Die Eidesstattliche Versicherung

#### 1 Einleitung: Von der Migrationskrise 2015 zur Migrationskrise 2021

Migrationskrisen sind ein Phänomen, das sich in Europa seit dem Jahr 2015 beobachten lässt. Schätzungen zufolge sind allein von Beginn des Jahres 2014 bis Oktober 2015 etwa 800 000 Menschen in der Europäischen Union (EU) angekommen (Metcalfe-Hough 2015: 2). Es lässt sich jedoch feststellen, dass zwischen den Mitgliedsstaaten der EU keine Einigkeit bezüglich der Antwort auf diese Krise bestand. Die Europäische Kommission hat eine Lösung vorgeschlagen, mit der die am meisten betroffenen Länder unterstützt werden sollten (European Commission 2015: 5). Dieser Vorschlag wurde nur widerwillig angenommen und es wurden zahlreiche Faktoren genannt, die die Aufnahme der Geflüchteten verzögerten (Crawley 2016: 17, 18). Dennoch haben alle Länder der EU eine gewisse Anzahl an Geflüchteten aufgenommen - außer Polen, Ungarn und Tschechien (Niemann & Zaun 2018: 7). Dabei hatten die Gesellschaften einzelner europäischen Länder unterschiedliche Meinungen bezüglich Migranten. Die Bürger der westeuropäischen Staaten, aber auch der Kleinstaaten wie Lettland und Litauen waren nach der Migrationskrise 2015 offener sowie positiver gegenüber Migranten eingestellt. Eine gegensätzliche Haltung, die Migration ablehnte, wurde vor allem in den drei der vier Visegrád Ländern sowie in Österreich demonstriert (Messing & Ságvári 2019: 77).

Im Jahr 2021 stellte sich heraus, dass drei Staaten aus der angesprochenen Studie von Messing und Ságvári (Polen, Litauen und Lettland) von der erneuten Migrationswelle direkt betroffen sein werden. Die Krise unterschied sich jedoch insofern von jener des Jahres 2015, als sie durch Belarus erzeugt wurde, indem Migranten aus dem Mittleren Osten und Nordafrika an die EU-Außengrenze transferiert wurden (Łubiński 2022: 1). Die Einschätzung des Ausmaßes der Krise ist nur in geringem Maße möglich, weil offizielle Quellen der einzelnen Staaten angeben, wie viele Menschen daran gehindert worden sind die Grenze zu überqueren. Die zustande gekommenen Zahlen können dabei vielfache Versuche einer Grenzüberschreitung einschließen, die von einer einzigen Person ausgeübt worden sind. Laut dem polnischen Grenzschutz gab es ungefähr 40 000 Versuche die polnische Grenze illegal zu überqueren (Szczepańska 2022). Im Fall von Lettland waren es 5556 Migranten (Kaprāns & Saulītis 2022: 4), die die Grenze illegal überqueren wollten und in Litauen 6000 Menschen (kein Autor 2021a). Zusammengerechnet stieg prozentmäßig die Zahl derer, die die östliche Außengrenze der EU illegal überqueren wollten, um 1069 % im

Vergleich zum Jahr 2020-2021 (Surwillo & Slakaityte, 2022: 3). Solche Zahlen an Migranten forderten eine Reaktion der Regierungen der einzelnen Länder.

Die Lösung des Problems wurde vor allem in der Positionierung einer großen Anzahl an Grenzschützern an den Grenzen sowie im Bau physischer Hindernisse wie Mauern gesehen. Zusätzlich wurde in allen drei Staaten der Ausnahmezustand ausgerufen (Rosén Lindholm 2021: 17; Olędzka 2021: 133). Hierbei ist hinzuzufügen, dass sich die gesetzlichen Ausnahmezustände der jeweiligen Länder voneinander unterschieden. In Polen wurde in der entsprechenden Verordnung des Präsidenten das Recht des Aufenthalts in Grenzgebiet für nicht-einheimische verweigert und die Einschränkung des Informationsrechts im Grenzgebiet festgeschrieben (kein Autor 2021b). Dieser Ausnahmezustand wurde am 30.09. vom polnischen Parlament (Sejm) verlängert (kein Autor 2021c) sowie durch die Verordnungen des Innenministers von dem 30.11.2021 (kein Autor 2021d) und vom 01.03.2022 (kein Autor 2021e) faktisch weitergeführt. Im Gegensatz dazu hat Lettland den Ausnahmezustand ausgerufen, um Pushbacks zu legalisieren. Bürgerrechte wurden dabei von dem Ausnahmezustand nicht wesentlich eingeschränkt (kein Autor 2021f). Ähnliche Einschränkungen, wie in Polen wurden in Litauen beschlossen: Laut Art. 3 Abs. 4 konnten Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb des Grenzgebietes hatten, dort nicht einreisen (kein Autor 2021g). Jedoch wurde diese Einschränkung eine Woche nach der Einführung für die Medienvertreter revidiert worden (kein Autor 2021h). Weil Polen die weitreichendsten Einschränkungen des Rechtes zur öffentlichen Information eingeführt hat, soll im Rahmen dieser Arbeit eine Einzelfallstudie mit diesem Land konzipiert werden.

Der Ausnahmezustand stellt insofern eine Einschränkung der Bürgerrechte dar, als diese temporär suspendiert werden können (Bjørnskov & Voigt 2018: 110). Daher müssen die Regierungen die Einführung des Ausnahmezustands begründen. Als Begründung wurde in allen drei Ländern insbesondere auf die Wahrung der Sicherheit des Landes hingewiesen. Dabei wurde die Migration als Resultat der Handlungen von Belarus identifiziert, das feindliche Aktivitäten gegen die betroffenen Länder betreibt. Die Ministerpräsidenten von Lettland, Litauen und Polen beschrieben die Migrationskrise als einen hybriden Krieg bzw. eine hybride Operation von Lukaschenko (siehe Abb. 1, Abb. 2, Abb. 3). Diese Bezeichnung ist vor allem in dem Kontext zu verstehen, dass ein Staat (in diesem Fall Belarus) Migranten nutzt, um andere Länder zu bedrohen. Hiervon erhofft sich der Präsident des Landes (hier Lukaschenko), dass er gewisse Vorteile erzielt, während seine

Gegner (Polen, Litauen und Lettland) Nachteile erfahren. Letztere äußern sich vor allem darin, dass die bedrohten Staaten im Fall einer Aufnahme von Flüchtlingen Ausgaben im Wohlfahrts-, Sozial-, Gesundheits- sowie Bildungssektor tätigen müssten (Bachmann & Paphiti 2021: 120).



Abb. 1 Tweet der litauischen Ministerpräsidentin Ingrida Simonyte bezüglich der Migrationskrise 2021 (Twitter 2021a)



Abb. 2 Tweet des lettischen Ministerpräsidenten Krisjanis Karins bezüglich der Migrationskrise 2021 (Twitter 2021b)



Abb. 3 Tweet des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki bezüglich der Migrationskrise 2021 (Twitter 2021c). Übersetzung:

"Der hybride Krieg gegen Polen und die EU geht weiter. In diesem Konflikt gibt es nur zwei Seiten: Entweder wir entscheiden uns für eine entschlossene Verteidigung der polnischen Souveränität, der EU-Grenzen, der Demokratie und der Menschenrechte, oder wir fallen auf das vom Kreml und von Minsk entworfene Szenario herein" (Übersetzt mit DeepL).

Die Bezeichnung der Migration als "hybrider Krieg" bzw. "hybride Operation" deutet darauf hin, dass die Krise an der belarussischen Grenze als Bedrohung der Sicherheit des Landes dargestellt wurde. Eine Theorie, die sich auf die Darstellungen eines Phänomens als Sicherheitsbedrohung bezieht, ist die Securitization Theorie (vgl. Wæver 1989; Buzan et al. 1998; Balzacq 2011). Bereits im Jahr 2011 wurde von Benam die europäische Handlungsweise bezüglich der Migration dem Verhaltensmuster im Rahmen der Securitization Theorie zugewiesen (Benam 2011: 194). Zusätzlich wurde die besagte Theorie in zahlreichen Beiträgen auf die Migrationskrisen der letzten Jahre angewendet (vgl. Baker-Beall 2019; Bockel 2021; Asderaki & Markozani 2021). Auch spezifisch in Bezug auf die Visegråd Staaten (darunter auch Polen) kann eine Securitization der Migration im Jahr 2015 festgestellt werden (vgl. Stepper 2016; Cabada & Waisová 2018; Gigitashvili & Sidło 2019). Daher erscheint der Rückgriff auf diese Theorie sinnvoll, um die aktuelle Migrationskrise aus dem Jahr 2021 zu untersuchen. Demnach soll im Rahmen dieser Bachelorarbeit die folgende Forschungsfrage beantwortet werden: Welche Rolle hat der Ausnahmezustand für die Darstellung der Migration als Bedrohung in Polen eingenommen?

Das primäre Ziel dieser Bachelorarbeit besteht darin, die Auswirkungen der verschärften Sicherheitsmaßnahmen in Polen zu untersuchen. Daher wird im zweiten Kapitel näher auf den Ausnahmezustand in Polen eingegangen sowie der analytische Rahmen festgelegt. Dabei soll die Securitization Theorie und die von ihr abgeleitete Desecuritization Theorie eine relevante Position einnehmen. Im dritten Kapitel wird die verwendete Methodik erläutert, die schließlich im vierten Kapitel angewendet wird. Zuerst soll eruiert werden, inwieweit die Securitization des Migrationsthemas in Polen erfolgreich war. Im Weiteren soll dargestellt werden, inwiefern der Ausnahmezustand das Narrativ bei Pressekonferenzen des Ministers für Inneren Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung sowie die Online-Berichterstattung bezüglich Migration beeinflusst hat. Den Schlussteil bildet das Fazit, in dem die Erkenntnisse aus der Untersuchung resümiert und auf aktuelle Geschehnisse bezüglich der Migration bezogen werden.

#### 2 Theoretischer Rahmen

Bevor die zentralen Konzepte, der Forschungsstand sowie die Theorie dargestellt werden, soll der Begriff des Ausnahmezustands in den polnischen Kontext eingeordnet und dessen Bedeutung erläutert werden.

#### 2.1 Ausnahmezustand – Begriffsklärung, polnischer Kontext und Forschungsstand

Zusammengefasst lässt sich der Begriff des Ausnahmezustands wie folgt definieren: "The basic idea behind the state of exception is that the law can be legally suspended for the purpose of preserving the state and its system of law from some grave internal or external danger" (Nyers 2013: xii). Daraus lässt sich ableiten, dass der Ausgangspunkt des Ausnahmezustandes eine entweder interne oder externe Bedrohung ist. Seine Einführung ist in den Verfassungen der jeweiligen Ländern geregelt. Im polnischen Fall liegt die Entscheidung zur Einführung des Ausnahmezustands zunächst beim Ministerrat und anschließend beim Präsidenten:

"Im Falle einer Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates, der Sicherheit der Bürger oder der öffentlichen Ordnung kann der Präsident der Republik auf Antrag des Ministerrates für eine bestimmte Zeit, die 90 Tage nicht überschreiten darf, den Ausnahmezustand in einem Teil oder im gesamten Staatsgebiet ausrufen.

Der Ausnahmezustand kann nur einmal mit Zustimmung des Sejm und für einen Zeitraum von höchstens 60 Tagen verlängert werden." (Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej 1997, Art. 230 Abs. 1, 2; übersetzt mit DeepL).

Weil es keine spezifischen Reglungen gibt, die die Bedrohung der Sicherheit der Bürger oder der öffentlichen Ordnung definieren, liegt die Interpretation dieses Ereignisses bei der Regierung bzw. dem Präsidenten oder dem Parlament (im Falle einer Verlängerung). Durch die Ausrufung des Ausnahmezustands können die Regierenden die Rechte der Bürger einschränken (Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej 1997, Art. 228 Abs. 3). Die Einschränkungen, die durch den Ausnahmezustand vom 02.09.2021 eingeführt worden sind, werden im Weiteren präsentiert.

#### Einführung des Ausnahmezustands in Polen und Beschränkung der Bürgerrechte

Zum ersten Mal wurde der Ausnahmezustand während der Krise an der belarussisch-polnischen Grenze durch den Präsidenten auf Antrag der Regierung am 02.09.2021 ausgerufen. Die vollständige Liste der Einschränkungen während des Ausnahmezustandes wurde in der Verordnung des polnischen Präsidenten veröffentlicht (kein Autor 2021b, übersetzt mit DeepL):

- "1) Aussetzung des Rechts, in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet Versammlungen zu organisieren und durchzuführen im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Juli 2015 Gesetz über Versammlungen (Gesetzblatt von 2019, Punkt 631);
- 2) Aussetzung des Rechts, in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet Massenveranstaltungen im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 20. März 2009 über die Sicherheit von Massenveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen (Gesetzblatt von 2019. Nr. 2171), sowie künstlerische und unterhaltende Veranstaltungen im Rahmen einer kulturellen Tätigkeit, die nicht Massenveranstaltungen sind;
- 3) Verpflichtung zum Mitführen eines Personalausweises oder eines anderen Dokuments zum Nachweis der Identität von Personen, die über 18 Jahre alt sind und sich an öffentlichen Orten in dem Gebiet aufhalten, in dem der Ausnahmezustand herrscht, und im Falle von Schülern unter 18 Jahren einen Schülerausweis;
- 4) Verbot, sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten, Einrichtungen und Gebieten in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet aufzuhalten;
- 5) Verbot der Aufzeichnung des Aussehens oder anderer Merkmale bestimmter Orte, Gegenstände oder Gebiete, die sich in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet befinden, mit technischen Mitteln;
- 6) Einschränkung des Rechts auf den Besitz von Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und anderen Waffen durch das Verbot des Mitführens in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet;
- 7) Beschränkung des Zugangs zu öffentlichen Informationen über Aktivitäten, die in dem vom Ausnahmezustand betroffenen Gebiet im Zusammenhang mit dem Schutz der Staatsgrenze und der Verhinderung und Bekämpfung der illegalen Migration durchgeführt werden."

Aus der Verordnung geht hervor, dass vor allem die Einreise von Nichtbewohnern des Grenzgebietes verboten wurde. Die Grundlage dafür war Abs. 4, der das Verbot enthält, sich zu bestimmten Zeiten im Grenzgebiet aufzuhalten. Obwohl dieser Abschnitt keine präzise Aussage darüber enthält, wer konkret von dieser Einschränkung betroffen ist, wurde es in der Praxis so gehandhabt, dass Nichtbewohnern des Grenzgebietes während der Dauer des Ausnahmezustands der Zutritt verwehrt wurde. Darüber hinaus wurden basierend auf Abs. 1 und Abs. 2 mögliche Proteste gegen die Sicherheitsmaßnahmen verhindert, sodass wenig Gegenwehr gegen die Arbeit des Grenzschutzes verübt wurde. Die Einschränkungen der Medienberichterstattung bzw. des Rechtes auf öffentliche Informationen wurden in Abs. 5 und Abs. 7 genannt.

#### Forschungsstand bezüglich des Ausnahmezustands

Die datenbasierte Forschung bezüglich der Einführung des Ausnahmezustands bezieht sich entweder auf die Suspendierung von Bürgerrechten (Hafner-Burton et al. 2011; Richards & Clay 2012) oder die Einführungsfaktoren des Ausnahmezustands (Bjørnskov & Voigt 2018).

Hafner-Burton et al. (2011: 680) argumentieren, dass der Ausnahmezustand in Demokratien seitens der Regierung genutzt wird, um ein Maß an Handlungsfreiheit in ihren Maßnahmen zu erzielen sowie um Zeit für die Problemlösung zu gewinnen. Dies erreichen die Regierungen durch die Suspendierung bestimmter Rechte und Freiheiten, die Wähler, Gerichte und Interessensgruppen betreffen. Diese Annahme konnten die Autoren in Rahmen ihrer Analyse bestätigen (ebd.: 703).

Eine andere Sichtweise, die sich eher die Problematik der Einführung des Ausnahmezustands bezieht, wird von Richards und Clay (2012) geäußert. Die Autoren kritisieren, dass Regierungen während der ausgerufenen Ausnahmezustände häufiger gegen unveräußerliche Rechte verstoßen, als während Zeiträumen, in denen diese nicht gelten. Nur gegen die außergerichtliche Tötung wurde im Ausnahmezustand nicht statistisch häufiger verstoßen (ebd.: 466).

Die Wahrscheinlichkeit der Einführung des Ausnahmezustands wurde von Bjørnskov und Voigt (2018) untersucht. Aus ihrer Forschung lässt sich ableiten, dass ein Ausnahmezustand mit höherer Wahrscheinlichkeit ausgerufen wird, wenn die Kosten von dessen Einführung während einer Naturkatastrophe gering sind oder wenn die davon erhofften Vorteile während eines Putsches bzw. Putschversuchs groß sind. In Hinblick auf verschiedene Staatsformen, führen Länder mit einem demokratischen Staatssystem den Ausnahmezustand häufiger ein als autokratische Länder (ebd.: 121, 122).

Im Hinblick auf diese Einzelfallstudie bezüglich Polen lässt sich sagen, dass der Beitrag von Richards und Clay (2012) keine Anwendung finden kann, weil im Weiteren nicht speziell auf Rechte eingegangen wird, die eingeschränkt werden. Auch der Beitrag von Bjørnskov und Voigt (2018) hat nur einen geringen Wert für diese Arbeit, weil die Wahrscheinlichkeit der Ausrufung des Ausnahmezustands nicht das Thema dieser Bachelorarbeit ist. Von größerer Bedeutung ist der Beitrag von Hafner-Burton et al. (2011). Vor allem der angesprochene Aspekt der Handlungsfreiheit lässt sich im polnischen Fall feststellen. Jedoch liegt die Begrenzung dieses Beitrages darin, dass die Autoren den temporären Charakter dieser Beschränkung betonen (Hafner-

Burton et al. 2011: 680). Die in dieser Studie untersuchten Reglungen des Ausnahmezustands wurden im Gegensatz dazu am 02.09.2021 ausgerufen und mittlerweile bereits bis 30.06.2022 systematisch verlängert. Zusätzlich wurde das für die Situation ursächliche Problem während des Zeitraums der Handlungsfreiheit nicht gelöst. Aus diesen Gründen soll im Folgenden auf die Securitization Theorie verwiesen werden, anhand derer die Relevanz des Ausnahmezustands für die polnische Regierung besser erfasst werden kann.

# 2.2 Securitization und Desecuritization Theorie – Erläuterung, Bezug zur Migration und Forschungsstand

Die Theorie, die in dieser Bachelorarbeit angewendet wird, entstand aus einer Vielzahl von Theorien im Bereich der Internationalen Beziehungen, nämlich dem Konstruktivismus, dem Poststrukturalismus und der kritischen Theorie (Balzacq et al. 2016: 518). Jedoch ist für bedeutende Theoretiker der Securitization Theorie vor allem die sprachliche Konstruktion der Sicherheit von Relevanz (vgl. Wæver 1989). Diese soll in der vorliegenden Bachelorarbeit eine zentrale Bedeutung einnehmen.

#### **Securitization Theorie**

Zuerst sollte das Konzept der Sicherheit definiert werden, weil erst durch ihre sprachliche Konstruktion, Securitization stattfinden kann. In den Worten von Wæver (1989: 5, 6 zitiert nach Buzan 1991: 17) ist Sicherheit folgendermaßen zu definieren: "By saying "security", a staterepresentative moves the particular case into a specific area; claiming a special right to use the means necessary to block this development". Es lässt sich feststellen, dass das angesprochene Sicherheitskonzept sich aus drei Bestandteilen zusammensetzt: einem Redner, einer Angelegenheit, die im Kontext der Sicherheit präsentiert wird sowie Maßnahmen zur Milderung oder sogar Beseitigung dieser Angelegenheit. Ungenau wird hingegen definiert, was das Ansprechen der Sicherheit beinhalten soll. Eine Erläuterung diesbezüglich lässt sich bei Buzan et al. (1998) finden. Demnach wird das Problem, welches im Sicherheitsnarrativ angesprochen wurde, folgendermaßen festgestellt: "An issue is presented as posing an existential threat to a designated referent object" (ebd.: 21). Die Aufgabe des Redners besteht also darin ein Phänomen als eine existenzbedrohliches Problem darzustellen. Eine umfassende Definition des Konzeptes der Securitization, die alle Bestandteile der Arbeiten von Wæver (1989) sowie Buzan et al. (1998) beinhaltet, wurde von Balzacq (2011) verfasst. Er definiert Securitization als:

"an articuled assemblage of practices whereby heuristic artefacts (metaphors, policy tools, image repertoires, analogies, stereotypes, emotions, etc.) are contextually mobilized by a securitizing actor, who works to prompt an audience to build a coherent network of implications (feelings, sensations, thoughts and institutions), about the critical vulnerability of a referent object, that concurs with the securitizing actor's reasons for choices and actions, by investing the referent subject with such an aura of unprecedented threatening complexion that a customized policy must be undertaken immediately to block this development" (Balzacq 2011: 3).

Balzacq spezifiziert, welche sprachlichen Überzeugungsmethoden von den Rednern der Securitization angewendet werden. Neu angesprochen werden zudem die Hörer (Audience), auf die die Worte des Redners der Securitization eine Rückwirkung haben. Der Redner erhofft sich hierbei, dass die Darstellung einer Angelegenheit als Sicherheitsproblem der Legitimation zukünftiger Sicherheitsmaßnahmen dienen kann. Wie wesentlich die Hörer für die Securitization sind, lässt sich auch bei Buzan et al. (1998) ablesen. Die Autoren stellen fest, dass nur wenn die Sicherheitsbedrohung von den Hörern als solche akzeptiert wird, von einer erfolgreichen Securitization die Rede sein kann. Wird die Sicherheitsbedrohung hingegen nur als solche präsentiert, aber nicht von den Zuhörern wahrgenommen, kann ihrer Ansicht nach lediglich von einem "securitizating move" gesprochen werden (Buzan et al. 1998: 25).

Eine weitere Ergänzung der Definition von Balzacq (2011) liegt darin, dass die Maßnahmen, die gegen die Sicherheitsbedrohung unternommen werden außerhalb der normalen politischen Verfahrensweisen liegen. Diesen Bestandteil der Theorie identifizieren Buzan et al. (1998: 26) als den essenzielen Bestandteil einer erfolgreichen Securitization.

Als nicht sicherheitsrelevant wird ein Problem wahrgenommen, wenn es im nicht politischen oder politischen Narrativ angesprochen wird. Das erstere geschieht, indem ein Problem nur angesprochen wird, aber keine Maßnahmen zur Problemlösung ergriffen werden sowie keine Debatte bezüglich des Problems geführt wird. Politisch wird es, wenn das Problem mit einer Policy bearbeitet werden soll, die jedoch innerhalb der normalen politischen Handlungsweisen liegt (Buzan et al. 1998: 23). Demnach lässt sich der Prozess einer erfolgreichen Securitization wie folgt darstellen (Abb. 4):

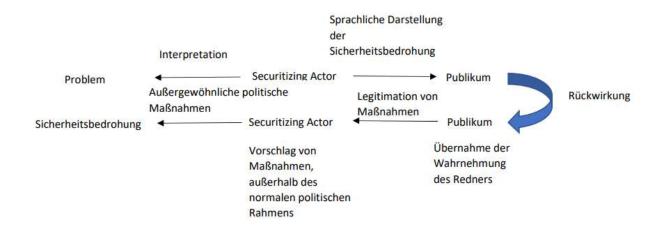


Abb. 4 Darstellung der erfolgreichen Securitization eines Problems (eigene Abbildung nach Wæver 1989, Buzan et al. 1998, Balzacq 2011)

In Abb. 4 wird verdeutlicht, dass es drei Akteure im Rahmen einer erfolgreichen Securitization gibt: das Problem (später als Sicherheitsbedorhung dargestellt), den Redner (Securitizating Actor) und das Publikum. Jedoch wirken solche generellen Bezeichnungen unbestimmt, weswegen sie im Folgendem näher erläutert werden sollen.

Die bedeutendste Feststellung bezüglich der Securitization ist, dass die Konstruktion von Sicherheitsbedrohungen keiner objektiven Regel folgt (Balzacq & Guzzini 2015: 98), weswegen nicht spezifiziert werden kann, welche Probleme als Sicherheitsbedrohung dargestellt werden. Buzan et al. (1998: 26) sehen es auch nicht als Ziel der Forscher, objektive Sicherheitsbedrohungen zu thematisieren. Vielmehr solle ein Verständnis geschaffen werden, welches Problem kollektiv als eine Sicherheitsbedrohung dargestellt wird, um Maßnahmen zu seiner Beseitigung zu legitimieren. Die Identifikation und Formulierung des Problems ist die Aufgabe eines Redners, weswegen dieser im Weiteren vorgestellt werden soll.

Buzan et al. (1998: 40) zufolge ist der Redner eine Person oder Gruppe, die in ihren Reden die Sicherheit thematisiert. Beispielhaft können Politiker, Bürokraten, Regierungen, Lobbygruppierungen dazugezählt werden. Die primäre Aufgabe dieser Redner ist es, den Zuhörern zu versichern, dass sie Wissen bezüglich des Problems besitzen und mit seiner Beseitigung primär das Allgemeinwohl gewährleisten wollen (Balzacq 2011: 25, 26). Relevant bei der Überzeugung der Zuhörer kann die Machtstellung des Redners sein, die durch dessen politisches und soziales Kapital entstanden ist (Bourdieu 1979: 80). Wæver (1989: 5, 6 zitiert nach Buzan 1991: 17)

schreibt sogar die Zuordnung eines Problems zum Bereich der Sicherheit spezifisch den Regierungen zu. Demzufolge haben sie einen Vorteil bei der Securitization von Problemen – sie nehmen nicht nur eine hohe Stellung in der Hierarchie ein (durch ihr politisches Kapital), sondern haben durch ihre Kommunikationsabteilungen einen privilegierten Zugang zu der Berichterstattung der Medien (Herman & Chomsky 2010: 20, 21). Dadurch ist die Aufgabe, ein gewisses Publikum von den eigenen Realitätsvorstellungen zu überzeugen, unkomplizierter. Ableitend stellt sich die Frage, wen die Redner grundsätzlich überzeugen müssen?

Im grundlegenden Werk von Buzan et al. (1998: 25) fehlt eine genaue Spezifizierung, wer zur Gruppe der Zuhörer gehört. Die Autoren betonen nur, dass die Zuhörer die Versicherheitlichung eines Problems akzeptieren müssen, damit die Securitization Erfolg hat. Eine Ergänzung dieses Aspektes bietet Balzacq (2011: 8, 9). Das Publikum einer Securitization muss demnach zwei Voraussetzungen erfüllen: Es muss einerseits direkt von dem Problem betroffen sein und andererseits die Fähigkeit besitzen, es dem Redner zu erlauben, gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Durch die Betroffenheit des Publikums soll erreicht werden, dass die Sicherheitsbedrohung nicht als abstrakte Angelegenheit wahrgenommen wird. Zu thematisieren ist hierbei jedoch die Wissenslücke zwischen dem Publikum und dem Redner. Das Publikum kann kein Wissen über den temporären Charakter der Bedrohung einer Angelegenheit besitzen, sodass es sich auf die Meinung von Regierungen stützt, die in Diskursen geäußert werden, um die Legitimität der Securitization zu beurteilen (Balzacq 2005: 30). Folglich haben die Regierungen die Befähigung dazu, ein Problem so lange als Sicherheitsbedrohung darzustellen, wie es ihren Interessen entspricht. Ihnen obliegt es ebenfalls, eine Angelegenheit von der Sicherheitsagenda zu entfernen. Ein solches Vorgehen würde einer Desecuritization entsprechen, die im Folgenden dargestellt werden soll.

#### Desecuritization

Das Konzept der Konstruktion der Sicherheit ist Buzan et al. (1998:29) zufolge nicht positiv. Es zeugt davon, dass es an Lösungen für bestimmte Probleme mangelt. Deswegen müssen sich Regierungen der Securitization bedienen, um ein breiteres Handlungsfeld zu besitzen. Optimalerweise können jedoch die Akteure auf ein Sicherheitsproblem die Desecuritization anwenden. Huysmans (1998: 572) beschreibt diese Handlung als Verschiebung eines Problems außerhalb von sicherheitspolitischen Diskursen. Es lässt sich also ableiten, dass ein Problem nicht mehr in Verbindung mit einer Bedrohung gesetzt werden soll. Das wird vor allem durch die

Äußerungen von Rednern erreicht. Strategien, die zu einer Desecuritization führen wurden von Roe (2004: 284) zusammengefasst:

"The first is simply not to talk about issues in terms of security in the first place.

The second is that, once an issue has been securitized, ,to keep the responses in forms that do not generate security dilemmas and other vicious spirals (Wæver, 2000: 253).

And, finally, the third is to move security issues back into ,normal politics'."

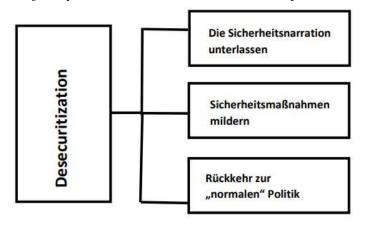


Abb. 5 Darstellung der Strategien der Desecuritization (eigene Abbildung nach Wæver 2000, Roe 2004)

Der erste Schritt zur Desecuritization ähnelt der Definition der Desecuritization von Huysmans (1998: 572). Anschließend werden weitere Handlungen angesprochen, wie die Milderung der Sicherheitsmaßnahmen oder im Anschluss die Rückkehr zu einer "normalen" Politik. Jedoch weisen einige Forscher darauf hin, dass es Schwierigkeiten bei der Desecuritization einer Angelegenheit geben kann.

So stellt Hansen (2012: 532) fest, dass die Desecuritization eines Themas eine Herausforderung darstellt, wenn dieses bereits als Sicherheitsbedrohung institutionalisiert wurde. Die Institutionalisierung geschieht dadurch, dass die Bedrohung sich häufig wiederholt und stets ähnliche Reaktionen auf diese erfolgen (Buzan et al. 1998: 27). Eine weitere Schwierigkeit stellt der Ausschluss der Öffentlichkeit von Informationen bezüglich des Problems dar. So kann eine Desecuritization dadurch verhindert werden, dass die Informationen so präsentiert werden, wie der Securitizating Actor es sich wünscht (Hansen 2012: 532). Diese Feststellung ist für den vorliegenden Beitrag von hoher Relevanz, weil durch die Ausrufung des Ausnahmezustands in Polen, die Öffentlichkeit in ihrem Informationsrecht bezüglich der Situation an der Grenze

weitgehend eingeschränkt wurde. Vor diesem Hintergrund lässt sich die folgende Hypothese ableiten: Der Ausnahmezustand sollte durch die Einschränkung des Informationsrechtes eine mögliche Desecuritization der Migration verhindern.

Diese Hypothese lässt sich jedoch nicht untersuchen, bevor die Frage zur Securitization des Konfliktes an der Grenze beantwortet wird. Hier nimmt der Ausnahmezustand auch eine bedeutende Rolle ein, indem sie zur erfolgreichen Securitization beiträgt. Im Weiteren soll beschrieben werden, inwiefern die Theorie auf die Migration anwendbar ist.

#### Anwendbarkeit der Securitization und der Desecuritization Theorie auf Migration

Die kulturelle Bedrohung wird von Barry Buzan (1991: 122,123) in den sozialen Sektor der Bedrohungen eingeordnet. Demnach wehren sich Gesellschaften, wenn sie Menschen aus anderen kulturellen Kreisen aufnehmen müssen, weil sie ihre eigene Identität dadurch in Gefahr sehen. Migration wird inzwischen sogar als eines der Musterbeispiele der sozialen Securitization identifiziert (Buzan et al. 1998: 121). Dennoch werden Migranten und Schutzsuchende von vielen Forschern der traditionellen Sicherheitsforschung nicht als ein Sicherheitsproblem wahrgenommen. Jedoch vertreten seit 2001 vermehrt Forscher die Meinung, dass Migration als eine Sicherheitsbedrohung betrachtet werden kann (McDonald 2008: 567). Dies kann angesichts der Vielzahl der Beiträge bezüglich der Versicherheitlichung von Migration bestätigt werden (vgl. Gattinara & Morales 2017; Miholjcic 2017; Zvada 2018).

Spezifisch auf die Migration bezogene Strategien der Desecuritization wurden von Huysmans konzipiert (1995). Er unterscheidet zwischen drei Möglichkeiten, wie das Thema der Migration von der sicherheitspolitischen Agenda entfernt werden kann. Die erste wird von ihm als die objektivistische Strategie bezeichnet. Sie besteht darin, dass bestimmte Akteure ihr Publikum überzeugen wollen, dass Migration kein Problem darstellt, das der Sicherheit zuzuschreiben ist (ebd.: 65). Im Rahmen der konstruktivistischen Strategie wird postuliert, dass zuerst die Securitization des Problems verstanden werden soll, um eine Antwort (Desecuritization) zu bieten (ebd.: 66). Zuletzt wird vom Autor die dekonstruktivistische Strategie präsentiert, in der sich der Redner in die Position des Migranten versetzt (ebd: 67, 68). Vor allem die erste Strategie soll in dieser Bachelorarbeit von Relevanz sein, weil sie wie der erste Schritt einer erfolgreichen Desecuritization nach Roe (2004) auf eine andere, nicht sicherheitsrelevante sprachliche Narration bezüglich Migration eingeht. Demzufolge wird in dieser Bachelorarbeit eine mögliche

Desecuritization durch den Verwurf der Sprache der Sicherheit und die Aufnahme einer anderen Narration in Bezug auf Migration untersucht. Jedoch sollte vor der Vorstellung der Methodik noch der Forschungstand bezüglich Securitization und Desecuritization der Migration dargestellt werden.

#### Forschungsstand zur Securitization von Migration in Polen

Zurzeit mangelt es an Studien, in denen die Securitization der Migration während der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze untersucht wurde. Deswegen soll im Folgenden auf der Forschung bezüglich der Versicherheitlichung der Migration im Jahr 2015 aufgebaut werden. Nachdem die Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość) die Parlamentswahlen gewonnen hatte, wurde die Rhetorik der Migration als Sicherheitsbedrohung gefördert. Mit 235 Sitzen konnte die Partei eine absolute Mehrheit im Parlament erreichen, sodass sie in der Lage war, effektive Maßnahmen gegen Migration zu ergreifen.

Es lassen sich zwei Securitization Strategien der Funktionäre der Partei PiS identifizieren. Die erste davon wurde am intensivsten nach dem terroristischen Anschlag von Paris im Jahr 2015 verfolgt. In diesem Kontext wurden Flüchtlinge als eine Terrorbedrohung für Polen angesehen, woraufhin ihre Aufnahme verweigert wurde (Bartoszewicz 2016: 27). Auch im Jahr 2018 konnte diese Argumentationslinie weitergeführt werden, als ein damaliger Minister die Aufnahme syrischer Kindern verweigerte, weil deren Eltern potenziell Terroristen sein könnten (Gigitashvili & Sidło, 2019: 6).

Die zweite Strategie der Securitization bezieht sich auf das Konzept der kulturellen Bedrohung (vgl. Buzan 1991: 122, 123). Rhetorisch wurde die Bevölkerung davon überzeugt, dass die islamischen Migranten sich nicht an den Rest der Gesellschaft assimilieren. Sie übernähmen die polnische Kultur nicht und würden schließlich angesichts der Tatsache, dass ihre Geburtenrate höher als die der Einheimischen ist, die eigene Kultur der polnischen Bevölkerung aufzwingen (Legut & Pędziwiatr 2018: 47, 48).

In Hinblick auf die sprachliche Darstellung der Migration als Bedrohung, sollte ebenfalls die Frage geklärt werden, wie sich die Zuhörer (Bevölkerung) dazu positioniert haben. Eine vergleichende Analyse der Staaten der Visegrád Gruppe bezüglich der Ablehnung der Aufnahme von Migranten wurde von Cichocki und Jabkowski (2019) unternommen. Die Forscher stellten fest, dass die

Meinung der Polen in den Jahren 2014 und 2016 kritischer hinsichtlich der Aufnahme von Migranten wurde (ebd.: 38). Eine mögliche Ursache sehen sie darin, dass in allen Ländern der Visegråd Gruppe eine Debatte stattgefunden hat, in der das Thema Migration als eine Sicherheitsbedrohung dargestellt wurde (ebd.: 40).

Ein Kritikpunkt der durchgeführten Analysen ist, dass der Fokus nur auf einzelne Bestandteile der Theorie der Securitization gelegt wurde. Es lässt sich feststellen, dass die meisten Forscher sich entweder auf die sprachliche Darstellung der Migration oder auf die Meinung der Bevölkerung begrenzt haben. Diese beiden Aspekte wurden beispielsweise von Kazharski und Tabosa (2018) verbunden. In dieser Bachelorarbeit wird jedoch die Meinung vertreten, dass die Securitization eines Themas nicht allein durch die sprachliche Darstellung und die Akzeptanz der Zuhörer erreicht wird. Vielmehr sollten auch die Einführung einer sicherheitspolitischen Maßnahme und deren Akzeptanz im Rahmen der Analyse miteinbezogen werden, um ein ganzheitliches Bild der Darstellung eines Themas als Sicherheitsbedrohung zu erlangen. Ein solches Vorgehen wurde von Gigitashvili und Sidło (2019) bereits ansatzweise umgesetzt, indem sie diese Maßnahmen der Regierungen einzelner Länder dargestellten, die nicht deren übliche Vorgehensweise widerspiegelten (ebd.: 9). Auf ähnliche Weise, sollen auch in dieser Bachelorarbeit die drei zentralen Bestandteile der Securitization Theorie behandelt werden.

#### Forschungsstand zur Desecuritization von Migration

Die Desecuritization des Migrationsthemas tritt in wissenschaftlichen Beiträgen deutlich seltener als die Fälle der Securitization der Migration in Erscheinung. Als Beispiel einer erfolgreichen Desecuritization wird von Skleparis (2018) Griechenland im Kontext der Migrationskrise 2015 identifiziert. Die Regierungsmitglieder setzten hier in ihren Ansprachen darauf, die Strafbarkeit der "illegalen" Migration sowie die Unterscheidung zwischen "uns (Griechen) und ihnen (Migranten)' zu negieren. Umfragen zufolge wandelte sich daraufhin die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung bezüglich Migranten sowie der Maßnahmen der Regierung zum Positiven (ebd.: 993). Demzufolge ist die Desecuritization geglückt, jedoch verfehlte diese die gewünschten Ziele. Die Bedingungen für Migranten bzw. Asylanten sowie das Verhalten der Behörden verbesserten sich nicht und der Versuch der "Europanisation" des Problems schlug ebenfalls fehl (ebd.: 996). Ein Konzept, das eine dauerhafte Verschiebung des Migrationsthemas außerhalb der Sicherheitsdiskurse verursachen soll, wurde von Georgia (2022: 182, 183) präsentiert. Mit der

angewendeten "flexicuritization" sollte eine Harmonisierung der Verhältnisse zwischen Migranten und Bevölkerung (im Fall der Studie in Griechenland) vorgenommen werden, die Vorteile beider Gruppen betont. Bei den angeführten Arbeiten lässt sich eine Präferenz für Einzelfallstudien feststellen. Für diese Bachelorarbeit wurde ebenfalls diese Form der Untersuchung mit dem Fallbeispiel Polen gewählt. Im Folgenden soll die Methodik vorgestellt werden, die auf den Einzelfall Polen angewendet werden soll.

#### 3 Methodik: Inhaltsanalyse mit Elementen einer Diskursanalyse

Die Mitgliedsstaaten der EU verabschieden fortlaufend immer neue Gesetze, die dem jeweiligen Staat und seiner Bevölkerung Schutz bieten sollen (Huysmans 2000: 757). Bei dem in dieser Untersuchung betrachteten Fall sollte der Ausnahmezustand die polnische Bevölkerung vor Gefahren schützen. Jedoch sind die Policies lediglich die Auswirkungen eines sprachlichen Aktes des Redners: "The securitization of migrants derives from the language itself and from the different capacities of various actors to engage in speech acts" (Bigo 2002: 64). Deswegen sollte die sprachliche Darstellung der Migration einen zentralen Punkt in jeder Analyse der Securitization einnehmen. Nur von ihr ausgehend kann die Securitization eines Themas erfolgreich werden. Von großer Relevanz ist hierbei, dass der Redner (Securitizating Actor) einen Einfluss auf die Darstellung eines Problems in der Medienberichterstattung hat. So ist häufig festzustellen, dass die Narration eines Redners in der Berichterstattung die größte Akzeptanz erreichen kann, wenn das Narrativ internationalisiert wird (Vultee 2010: 36). Deswegen ist es ratsam Medienanalysen in Analysen bezüglich der Securitization der Migration einzuführen, denn die Medien tragen dazu bei, dass Maßnahmen der Regierungen legitimiert werden können. Das geschieht dadurch, dass sie nicht nur die Angst bezüglich der Migration reflektieren, aber auch sammeln und damit zusätzlich verstärken (Buonfino 2004: 30). Daher sollten in dieser Bachelorarbeit nicht nur Reden von Politikern vorgestellt werden, die sich der Securitization zurechnen lassen, sondern auch die Berichterstattung der Medien bezüglich Migration und der Maßnahmen der Regierung.

#### Methodik der Untersuchung

Die Methode, die in der Bachelorarbeit verwendet werden sollte ist die Inhaltsanalyse, wobei diese um Elemente der Diskursanalyse ergänzt wird. Dieses Vorgehen kann damit legitimiert werden,

dass zahlreiche soziale Aspekte der Kommunikationssituation durch die reine Inhaltsanalyse vernachlässigt werden. Dies ist der Fall, weil bei Letzterer primär mit dem Text gearbeitet wird (Balzacq 2011: 51). Im Gegensatz dazu soll hier auch der soziale Kontext einer Rede oder eines Textes in Betracht gezogen werden, weil dieser einigen Begriffen eine neue Bedeutung verleihen kann, die ohne Berücksichtigung des Kontextes verloren gehen würden (Hopf 2004: 31). Demnach werden außer der reinen Textanalyse auch die spezifischen Kontexte der Kommunikationssituationen dargestellt.

Die eigentliche Inhaltsanalyse soll in Form einer Framing Analyse durchgeführt werden. Die Anwendung von Frames in der Kommunikation wird von Entman (1993: 52) folgendermaßen erläutert: "To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation". Zentral sind bei dieser Definition vier Elemente: die Problemdefinition, die Ursachenzuschreibung, die moralische Bewertung und die Handlungsempfehlung. Jedoch ist hinzuzufügen, dass bestimmte Textabschnitte nicht alle Bestandteile dieser Definition enthalten (ebd.: 52). Die Thematisierung einzelner Aspekte des Framings ist vor allem vom Akteur abhängig, der ein Problem mithilfe von Frames darstellt. Dieser nimmt nämlich ausschließlich solche Frames in seine Kommunikation auf, die ihm wesentlich erscheinen (Chong & Druckman 2007a: 100). Angesicht dessen lässt sich die Theorie der Securitization mit der Framing Theorie in Einklang bringen: In beiden Theorien nimmt der Redner bzw. der Autor eine spezifische Position ein und beeinflusst durch seine eigenen Vorstellungen die Präsentation eines Problems gegenüber der Öffentlichkeit. Folglich wird die Migration in aktuellen Beiträgen von Forschern häufig anhand der Analyse von Frames untersucht (vgl. Brouwer et al. 2017; Klein & Amis 2021; McConnon 2022).

Die Frage die sich aus dieser kurzen Vorstellung ergibt ist, wie genau bei der Untersuchung des Framings vorgegangen werden sollte. Eine Antwort auf diese Frage lässt sich bei Chong und Druckman (2007b: 106, 107) identifizieren. Demnach soll die Untersuchung aus vier Schritten bestehen: der Identifikation eines Problems (Entman 2004: 23, 24), dem Herausfiltern einer speziellen Meinung, der Erstellung eines Kodierschemas und dem Finden von Analysematerial. Das Problem ist die sprachliche Darstellung des Themas Migration und die Meinung, die herausgefiltert werden soll betrifft die Versicherheitlichung des Themas Migration bzw. den

Verzicht auf eine sicherheitsspezifische Sprache Im Folgenden soll der dritte Schritt beleuchtet werden, nämlich die Erstellung eines Codebuchs. Dabei wird auf Beiträge zurückgegriffen, deren Autoren sich spezifisch mit den Sicherheitsframes der Migration befasst haben.

Der erste Beitrag, der an dieser Stelle vorgestellt wird, wurde von Kovář (2020) verfasst. Er untersuchte die Berichterstattung der Medien in der Slowakei und in der Tschechischen Republik auf die Verwendung von Frames bezüglich der Themen Sicherheit und Ökonomie. Eine spezifische Auflistung der Äußerungen mit Zuordnung zu der jeweiligen Kategorie wird von ihm in Form einer Tabelle präsentiert (ebd.: 572). Diese Einteilung erlaubt jedoch keine Aussage zum Framing, das die Desecuritization fördert. Angemessener für diese Bachelorarbeit erscheint die Analyse von Tkaczyk (2017: 104), die Frames in die Kategorien des Nicht politischen, des Politischen und der Sicherheit eingeteilt hat. So eine Zuordnung ist durch den Beitrag von Buzan et al. (1998: 23, 24) begründet, welcher die Narration bezüglich Probleme ebenfalls in dieser Weise einteilte. Diese Kategorisierung resultierte aus seiner empirischen Analyse der Medienberichterstattung in der Tschechischen Republik. Eine ähnliche Einteilung wird auch für diese Bachelorarbeit herangezogen. Es sollen sich dennoch einige Unterschiede zur Typologie von Tkaczyk (2017) finden lassen. So werden die Kategorien der moralischen Bewertung und Ursachenzuschreibung aus der ursprünglichen Definition des Framings von Entman (1993: 52) hinzugefügt. Keine Beachtung sollten die zwei Kategorien der Visualisierung und der Personalisierung erfahren. Die Hauptaspekte der Framing-Theorie stellen den wesentlichen Referenzpunkt dar. Das vollständige Kategoriensystem mit Beispielen der einzelnen Frames ist im Anhang abgebildet. Aufbauend auf Chong und Druckman (2007b: 107), soll nachfolgend der vierte Schritt der Anwendung der Framing Theorie folgen, und zwar die Vorstellung des Analysematerials sowie des Untersuchungszeitraums.

### Analysematerial und Untersuchungszeitraum

Die Reden der Politiker, die in diese Analyse eingeschlossen werden, stammen vor allem aus den Konferenzen des Ministers für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung Mariusz Kamiński, sowie aus einer gemeinsamen Konferenz mit dem Premiermister Mateusz Morawiecki und einer weiteren mit Stanisław Żaryn. Auf eine Analyse der einzelnen Konferenzen des Regierungschefs soll in dieser Bachelorarbeit verzichtet werden. Der Grund dafür ist, dass Mariusz Kamiński während der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze medial stärker in

Erscheinung getreten ist, als Mateusz Morawiecki. Dies wiederrum liegt primär daran, dass dieser die Koordination der Maßnahmen der staatlichen Dienste an der Grenze übernommen hat und dadurch einen besseren Einblick in die Situation erlangen konnte. Somit hielt er mehr Konferenzen über das Problem und versorgte die Medien entsprechend mit Informationen.

Die medialen Beiträge, die untersucht werden sollen, stammen von zwei Informationsseiten: Onet.pl und Wp.pl. Diese Internetseiten wurden deswegen gewählt, weil sie nicht nur die seitens der polnischen Bevölkerung am häufigsten besuchten Seiten bezüglich der Informationssuche sind, sondern auch, weil sie ein Publikum mit differenzierten politischen Ansichten bedienen (Feliksiak 2017: 2, 3). Weitere Internetseiten, die von den Befragten ebenfalls häufig bezüglich ihrer Informationssuche angegeben wurden, sollen nicht näher behandelt werden. Dies liegt daran, dass zwischen dem zweit-beliebtesten (Wp.pl) und dem dritt-beliebtesten (Interia) Portal in Hinblick auf die Zahl der Probanden, die nach Information suchen, ein erheblicher Unterschied besteht.

Der Zeitraum der Analyse wurde auf die Periode vom 15.08.2021 bis zum 01.10.2021 festgelegt. Das Anfangsdatum kann dadurch begründet werden, dass das Thema erst seit dem Auftauchen einer Gruppe von Migranten in Usnarz Górny medialisiert und so in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Das Enddatum ist damit verbunden, dass der Ausnahmezustand an diesem Tag verlängert wurde. Es wird demnach der Zeitraum vor dem Ausnahmezustand, sowie nach dessen Einführung analysiert. Auf diese Weise lässt sich ein Vorher-Nachher-Vergleich des Narratives des Ministers und der Medienberichterstattung konzipieren, anhand dessen die Auswirkungen des Ausnahmezustandes dargestellt werden können.

Die Auswahl der Artikel sowie der Pressekonferenzen erfolgte ausgehend von den Schlüsselbegriffen "Flüchtlinge", "Migranten", "Immigranten" und "Ausnahmezustand", die im Titel der Artikel bzw. Videos vorkommen sollten. Während der Auswertung des Materials wurde die Erkenntnis erlangt, dass die Titel zahlreicher Artikel die Wörter "Usnarz Górny" und "Grenze" beinhalteten. Die entsprechenden Artikel bezogen sich inhaltlich im Wesentlichen auf die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze, weswegen sie ebenfalls zur Analyse hinzugefügt wurden. Zusätzlich wurde eine gemeinsame Konferenz des Regierungschefs und des Ministers für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung in die Analyse aufgenommen, obwohl derer Titel keinen dieser Begriffe enthielt. Sie fand Beachtung in dieser Bachelorarbeit, weil das Ziel der Konferenz die Verkündung des Antrages für den Ausnahmezustand war. Dessen

Einführung musste begründet werden, was dadurch geschah, dass die Migration als Hauptursache der Einführung des Ausnahmezustands präsentiert wurde. Dadurch, dass Migration einen zentralen Aspekt dieser Konferenz darstellt, erscheint derer Hinzufügung zum Analysematerial sinnvoll.

In diesem Beitrag sollen aus ganzen Texten, Textabschnitte identifiziert werden, die sich einem konkreten Frame zuschreiben lassen. Danach wird die Häufigkeit der Verwendung der konkreten Frames aufaddiert und prozentuell in Tabellenform dargestellt.

# 4 Analyse des Untersuchungsmaterials

Bevor eine mögliche Desecuritization des Migrationsthemas untersucht werden kann, muss festgestellt werden, inwiefern dieses Thema einer Versicherheitlichung unterzogen wurde. Deswegen sollen zuerst die Reden von Mariusz Kamiński, die die Einführung des Ausnahmezustands begründet haben, untersucht werden. Es ist jedoch klarzustellen, dass die Entscheidung der Einführung des Ausnahmezustands an der Grenze plötzlich entstanden ist, weswegen keine umfassende Debatte bezüglich des Ausnahmezustands vor dessen Einführung stattfinden konnte. Vor diesem Hintergrund werden zwei Konferenzen untersucht: Die Konferenz vom 31.08.2021, in der der Antrag der Regierung auf die Einführung des Ausnahmezustands bekanntgegeben wurde, sowie die Konferenz vom 02.09.2021, in der diese Maßnahme zusätzlich begründet wurde. Beide Konferenzen wurden als Transkripte im Anhang beigefügt.

#### 4.1 Securitization der Migration und ihr Erfolg vor der Einführung des Ausnahmezustands

Allgemein lässt sich feststellen, dass sowohl der Innenminister als auch der Ministerpräsident eine Sprache verwendeten, die sich dem Sicherheit Frame zurechnen lässt. Die beiden anderen Frames (nicht politisches und politisches) konnten in den Ansprachen der Konferenzteilnehmer nicht identifiziert werden. Die Problematik, die von Mariusz Kamiński und Mateusz Morawiecki angesprochen wurde, betraf vor allem die Sicherheit des Landes und seiner Grenzen. In ihren Reden nannten sie zwar auch das Beispiel der belarussisch-russischen Militärübungen Zapad 2021, jedoch erscheint die Migration als der primäre Grund der Beunruhigung (Onet News 2021, August 31).

Die Migration selbst wird mit dem Wort ,illegal' in Verbindung gebracht. Dies soll symbolisieren, dass eine Straftat bei der Grenzüberschreitung verübt wird, weswegen eine Unterbringung in einem geschlossenen Lager für Migranten angebracht sei. Symbolisch dient diese Handlungsempfehlung

der Darstellung von Migranten als Straftätern. Das begründet, weshalb die Grenzen geschlossen sein und keine potenziellen Straftäter auf das Territorium des Landes gelangen sollen - zumal deren Aufnahme Konsequenzen verursacht, die einen erheblichen Einfluss auf die Stabilität des Landes haben könnten (Onet News 2021, August 31).

Die geäußerte Gegenmaßnahme, die die Situation an der Grenze beruhigen und die Migrationswelle aufhalten soll wird in dem Ausnahmezustand gesehen. Dessen Begründung liegt darin, dass die Behörden (Grenzschutz, Militär und die Polizei) effektiver arbeiten können, wenn keine Manifestationen, Versammlungen oder andere Aktivitäten an der Grenze stattfinden (Onet News 2021, August 31). Mariusz Kamiński weist in seiner Rede darauf hin, dass die Entscheidung für die Ausrufung des Ausnahmezustands umfassend durchdacht und adäquat bezüglich Sicherheitsbedrohung sei (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021a, September 02).

Auf die Moral beziehen sich beide Redner nur in geringem Maße. Mariusz Kamiński betont die Gebundenheit an die Staatsethik. Diese besage, dass die Migration an der Grenze verhindert werden sollte. Zusätzlich bezieht sich der Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung auf die Ortschaft Usnarz Górny. Dort hatte seit Mitte August eine Gruppe von Migranten kampiert, denen der Einlass nach Polen verwehrt wurde. Sie konnten aber auch nicht nach Belarus zurückkehren, weil dies vom Grenzschutz von Belarus verhindert wurde. Den Berichten zufolge mussten die Migranten mehrere Tage ohne Essen und Trinken ausharren (Pytlak 2021). Diese Information wird von Mariusz Kamiński dementiert, indem er die Behauptung tätigt, dass die Migranten von den belarussischen Behörden verpflegt würden. Eine solche Berichterstattung ist dem Minister zufolge nur ein Versuch, menschliche Emotionen auszulösen, damit die Migranten angenommen werden. Die Aufnahme könne jedoch bedeuten, dass aus den knapp 30 Personen 30 000 würden, wenn jedes Mal eine derart große Gruppe aufgenommen werde. Dieses Endresultat sei unerwünscht und diene nur Belarus (Onet News 2021, August 31).

Das Land und vor allem sein Präsident (Aleksandr Lukaschenko) wird als Hauptursache der Migrationskrise gesehen. Die Motivation zu solchen Maßnahmen soll darin liegen, dass durch die Migration Rache für die Haltung der drei betroffenen Länder (Polen, Litauen und Lettland), aber auch der EU ausgeübt werden kann. Das Mittel dazu sei eine unkontrollierte Migrationswelle, wie jene im Jahr 2015. An dieser Stelle soll hinzugefügt werden, mit welchen Worten der Minister

Mariusz Kamiński diese Krise beschreibt: "[...]die hunderttausenden unglücklichen Menschen, die aus der ganzen Welt in die Europäische Union gestürmt sind". Eine solche Beschreibung trägt dazu bei, die Migration als eine Sicherheitsbedrohung darzustellen, weil eine Analogie zu einem Militärangriff aufgebaut wurde (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021a, September 02).

Es lässt sich demnach feststellen, dass Mariusz Kamiński die Migration als Sicherheitsbedrohung dargestellt hat. Für dieses Problem wurde eine Lösung außerhalb des allgemeinen politischen Rahmens vorgesehen, indem der Ausnahmezustand ausgerufen wurde. Zur Feststellung einer erfolgreichen Securitization fehlt jedoch noch die Meinung der Zuhörer, die in dieser Situation die Bürger von Polen sind. Aus Umfragen geht hervor, dass die Mehrheit von ihnen die Situation an der Grenze als Sicherheitsbedrohung ansah. Fast 50 % der Probanden stimmten der Aussage zu, dass die Situation an der Grenze zu Belarus die Sicherheit des Landes in Gefahr bringt. Eine gegenläufige Meinung äußerten etwas mehr als 30% der Befragten (Popławski 2021a). Die polnische Bevölkerung akzeptierte auch die Einführung des Ausnahmezustands durch die Regierung mit einer Zustimmungsquote von ungefähr 39 %. Hingegen 30 % der Befragten, äußerten sich gegen die Einführung des Ausnahmezustands (kein Autor 2021i). Angesicht dessen lässt sich die Behauptung bestätigen, dass während der Migrationskrise an der polnischbelarussischen Grenze das Thema Migration erfolgreich versicherheitlicht wurde. Eine andere Frage, die an dieser Stelle zu beantworten ist, bezieht sich darauf, inwiefern der ausgerufene Ausnahmezustand Einfluss auf die weitere Narration des Regierungsmitglieds bezüglich Migration hatte. Demnach werden im Folgenden Pressekonferenzen analysiert, die nach der Einführung des Ausnahmezustands stattgefunden haben.

KONFERENZ	NICHT	POLITISCHES	SICHERHEIT FRAME
31.08.2021	POLITISCHES	FRAME	
KONFERENZ 02.09.2021	FRAME (HUMANITÄRES FRAME)		
PROBLEMDEFINITION	• Keine Darstellung	• Keine Darstellung	<ul> <li>Sicherheit des Landes 9/21 Frames≈ 43 %</li> <li>Grenzdichtigkeit 3/21 Frames≈ 14 %</li> <li>Illegale Migration/Menschensc hmuggel 5/21 Frames≈ 24 %</li> <li>Destabilisation des Landes 3/21 Frames≈ 14%</li> <li>Hybride Angriffe 1/21 Frames≈ 5 %</li> </ul>
EMPFOHLENE MAßNAHMEN	Keine     Darstellung	Keine     Darstellung	<ul> <li>Ausnahmezustand/Begr enzter Zugang zum Grenzgebiet 3/4 Frames= 75 %</li> <li>Geschlossene Anstalten für Migranten 1/4 Frames= 25 %</li> </ul>
MORALISCHE BEWERTUNG	Keine     Darstellung	Keine     Darstellung	<ul> <li>Recht auf         Selbstbestimmung des         Landes (abgeleitet von         der Staatsethik) 1/2         Frames= 50 %</li> <li>Migranten nur als         Hilfsbedürftig durch         Lukashenko dargestellt         1/2 Frames= 50 %</li> </ul>
URSACHENZUSCHREI- BUNG	• Keine Darstellung	<ul> <li>Keine         Darstellung     </li> </ul>	<ul> <li>Lukaschenkos Regime 9/10 Frames= 90%</li> <li>Russland/Protektoren von Lukaschenko 1/10 Frames= 10 %</li> </ul>

Tab. 1: Framing der Pressekonferenzen vom 31.08.2021 und vom 02.09.2021

4.2 Darstellung der Migration nach der Einführung des Ausnahmezustands durch den Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung

Wie in Tab. 2 zu erkennen ist, haben sich infolge der Einführung des Ausnahmezustands in Hinblick auf die Darstellung der Migranten als Sicherheitsbedrohung keine großen Veränderungen ergeben. Mariusz Kamiński hat nur in einer Angelegenheit ein Frame verwendet, das sich der humanitären Kategorie zuschreiben lässt. Dies erfolgte, als er die medizinische Hilfe ansprach, die die polnischen Behörden an der Grenze geleistet haben (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021b, September 06). Diese Abweichung vom Sicherheitsframe bedeutet jedoch nicht, dass sich die Narration des Ministers geändert hat –im Gegenteil. Die Konferenzen am 06.09. und 20.09 spiegelten die vorherigen Konferenzen wieder, weswegen sie für die Analyse herangezogen, jedoch nicht dem Transkript beigefügt wurden. Das ist der Fall, weil sie keine neuen Narrationen zur politischen Debatte beitrugen. Einen interessanteren Fall stellt die Konferenz vom 27.09 dar, welche auch im Anhang als Transkript zu finden ist.

Während dieser Konferenz thematisierte Kamiński persönlich die Migranten. Er hielt mit dem Sprecher des Ministers-Koordinators für Sonderdienste Stanisław Żaryn eine Präsentation, in der diese als potenzielle Terroristen und als eine Gefahr für das Land dargestellt wurden. Dies wurde dadurch erreicht, dass Bilder von den Smartphones der Migranten gezeigt wurden. Beispielhafte Darstellungen waren Bilder von Exekutionen, bewaffneten Männern, Kontakten mit IS-Anhängern, Beziehungen zu Russland oder sogar dem Geschlechtsverkehr mit einem Tier (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021d, September 27). Diese Narration deutet daraufhin, dass Migranten zunehmend als bedrohlich präsentiert wurden. Erkennbar ist, dass die Gefahr durch konkrete Beispiele personalisiert wurde. In den vorherigen Konferenzen wurde die Bedrohung hingegen mit keinem konkreten Beispiel veranschaulicht, das die Gefahr von Migranten aufzeigte. Demnach sind die Sicherheitsbedenken, die von Kamiński angesprochen wurden deutlich prägnanter, zumal die Krise durch das Handeln eines feindlichen Staats verursacht worden war (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021c, September 20).

Die konkreten Beispiele, die von Stanisław Żaryn genannt wurden, sollten eine Verlängerung des Ausnahmezustands rechtfertigen, da neues Wissen darüber erlangt worden war, welche Gruppe von Menschen die polnische Grenze ,stürmen' wollte (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021d, September 27).

Zusammenfassend lässt sich keine signifikante Veränderung des Framings seitens der Entscheidungsträger des polnischen Staates feststellen. Der einzige Unterschied liegt in der Personalisierung der Migranten, die durch das Präsentieren von Fotos von deren Handys sowie das Nennen von Namen realisiert wurde (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021d, September 27). Aus diesem Grund soll im Weiteren bewertet werden, inwieweit der Ausnahmezustand Auswirkungen auf die Berichterstattung der Medien hatte.

Pressekonferenz 06.09.2021 Pressekonferenz 20.09.2021 Pressekonferenz 27.09.2021	Nicht politisches Frame (humanitäres Frame)	Politisches Frame	Sicherheit Frame
Problemdefinition	Keine     Darstellung	• Keine Darstellung	<ul> <li>Sicherheit des Landes 6/41 Frames ≈ 15 %</li> <li>Grenzdichtigkeit 7/41 Frames ≈ 17 %</li> <li>Illegale Migration/Menschensch muggel 15/41 Frames≈ 36 %</li> <li>Terrorismus, potenzielle Straftäter (Pädophilie, Zoophilie) 13/41 Frames≈ 32 %</li> </ul>
Empfohlene Maßnahmen	Medizinisc he Hilfe für Kranke 1/4 Frames= 25 %	Keine     Darstellung	<ul> <li>Ausnahmezustand/begren zter Zugang zum Grenzgebiet 1/4 Frames=25 %</li> <li>Geschlossene Anstalten für Migranten 2/4 Frames= 50 %</li> </ul>
Moralische Bewertung	Keine     Darstellung	Keine     Darstellung	Keine Darstellung

Ursachenzuschrei	• Keine	• Keine	<ul> <li>Lukaschenkos Regime 6/6</li> </ul>
ung	Darstellung	Darstellung	Frames = 100 %

Tab. 2: Framing der Pressekonferenzen vom 06.09.2021, vom 20.09.2021 und vom 27.09.2021

#### 4.3 Analyse der Medienberichte vor und nach der Einführung des Ausnahmezustands

Entsprechend dem in Tab. 3 präsentierten Ergebnissen, lässt sich feststellen, dass bei der Problemdefinition das Frame der Sicherheit und das humanitäre Frame am häufigsten verwendet wurden. Das Frame des Politischen ist nur in einem geringen Maß repräsentiert. Eine ähnliche Verteilung lässt sich bei den empfohlenen Maßnahmen finden – mit dem Unterschied, dass humanitäre Maßnahmen hier häufiger vorgeschlagen wurden. Eine ungefähr ausgeglichene Verteilung der Frames ist bei der moralischen Bewertung zu erkennen, wobei hier das politische Frame sogar häufiger als die anderen Frames verwendet wurde. Die Ursachen hingegen wurden von den meisten Akteuren im Kontext der Sicherheit angesprochen.

Für die Analyse der Online-Artikel soll eine Unterscheidung nach Themen und Gesprächspartnern stattfinden. Diese Unterscheidung soll dazu dienen, den Diskurs besser einzuordnen und darüber hinaus die Meinung der Akteure und ihrer Milieus identifizieren zu können.

Das erste Thema, das in der Berichterstattung bezüglich der Krise an der Grenze von Relevanz ist, sind die Migranten, die in der Nähe der Ortschaft Usnarz Górny gefangen waren. Die Diskussion diesbezüglich handelte von der humanitären Hilfe und der Aufnahme der "Gefangenen an der Grenze" (kein Autor 2021j).

An erster Stelle soll die Meinung der Parteifunktionäre der Partei PiS vorgestellt werden, die in der Auswertung bisher vernachlässigt wurden. Der Vizeminister des Auswärtigen Amtes weist in einem Artikel darauf hin, dass Polen ein Rechtsstaat sei, weswegen die Regierung keine illegalen Grenzüberschreitungen zulassen könne. Deswegen solle die Grenze besser geschützt werden. Die Schuld an der gesamten Situation wird auf der Seite von Aleksandr Lukaschenko gesehen, der Migranten als menschliche Schutzschilde nutze (kein Autor 2021k). Als Lösung des Problems wird vom Verteidigungsminister vorgeschlagen, einen Grenzzaun zu bauen sowie mehr Soldaten, Grenzschützer, bzw. Polizisten an der Grenze zu platzieren (Popławski 2021b).

Eine gegenläufige Meinung wurde von den Parteimitgliedern der Partei Lewica vertreten. Der Abgeordneter (Maciej Konieczny) dieser Partei thematisiert die prekäre humanitäre Lage der Migranten, die Pflanzen essen sowie Wasser aus den naheliegenden Seen und Flüssen trinken müssten. Sein Vorschlag zur Behebung des Problems ist die Aufnahme der Migranten. Diese hätten aus ihrem Land (Afghanistan) flüchten müssen und würden keine Gefahr für das Land darstellen (Pytlak 2021).

Ähnlich äußerten sich die ehrenamtlichen Helfer an der Grenze, die eine Aufnahme und die Unterbringung in einer Flüchtlingsanstalt forderten (Zaremba 2021a). Die Mitglieder der Hilfsorganisationen informierten die Öffentlichkeit zudem über den Gesundheitszustand der Migranten an der Grenze. Obwohl viele der Migranten erkältet waren oder andere Beschwerden aufwiesen, wurde einer Ärztin der Zutritt zum Lager verwehrt (Opas 2021a).

Der Parteichef der größten Oppositionspartei (Koalicja Obywatelska) Donald Tusk, sah ebenfalls den Bedarf an Hilfeleistung, sprach sich jedoch nicht für eine Aufnahme der Migranten aus. Vielmehr ruft er in einem Medienbericht dazu auf, dass die Grenzen gesperrt und gut bewacht werden sollten. Zusätzlich kritisiert er die Regierung, weil es während deren Amtszeit die meisten illegalen Versuche gegeben habe, die Grenze zu überschreiten (kein Autor 20211).

Die Antwort auf die öffentlich geäußerten Vorwürfe war ein humanitärer Transport, der zur belarussischen Grenze geleitet wurde. Dies soll laut dem Vizeminister des Auswärtigen Amtes der Fall gewesen sein, weil sich das Migrantenlager auf der belarussischen Seite befand. Daher sollte Belarus die Verantwortung für die Menschen dort übernehmen (kein Autor 2021m). Zusätzlich wurde nach einigen Tagen die Möglichkeit des Kontaktes mit Migranten eingeschränkt. Hilfsorganisationen und Übersetzer konnten sich mit den Migranten nur durch ein Megafon verständigen, obwohl auch dieser Kommunikationsversuch durch den Grenzschutz und Polizei übertönt wurde (Michalski 2021). Dennoch wollten einige Akteure Hilfe leisten, wie der Abgeordnete Franciszek Sterczewski von Koalicja Obywatelska, der beim Versuch der Überbringung von Hilfsmitteln durch die Behörden aufgehalten wurde (kein Autor 2021n). Neben den Versuchen der Überbringung der Hilfe wurde der Grenzzaun im Zuge einer Protestaktion von einigen Aktivisten durchgeschnitten (Kołodziejczyk 2021a).

Am Anfang der Migrationskrise kritisierte die Europäische Kommission den Umgang mit Migranten nicht direkt. Stattdessen wurde darauf hingewiesen, dass die EU keine Instrumentalisierung der Migration in Form illegaler Grenzüberschreitungen zu politischen Zwecken akzeptiere (Osadnik 2021a). Erst mit ersten Berichten über den schlechten Gesundheitszustand einiger Migranten änderte sich die Narration grundlegend. Der Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte befahl Polen den Migranten Essen, Getränke, medizinische Hilfe und soweit möglich eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen (Osadnik 2021b). Jedoch blieb diese Forderung erfolglos und die Helfer konnten keine humanitäre Hilfe an der Grenze leisten (Gałczyńska 2021). Parallel dazu verschlechterte sich Berichten zufolge der Gesundheitszustand der Migranten. Am 28.08. sollten zehn Personen Fieber und Blut im Urin gemeldet haben (Kołodziejczyk 2021b). Drei Tage danach wurde der Ausnahmezustand auf der bereits analysierten Pressekonferenz als die Maßnahme präsentiert, die die Sicherheit des Landes gewährleisten soll. Damit erfolgte eine Verschiebung des Hauptthemas der Debatte. Diese soll in Hinblick auf den zweiten analysierten Zeitraum (03.09 –01.10) betrachtet werden.

Online-Artikel vor der	Nicht politisches	Politisches	Sicherheit
Einführung des	Frame (humanitäres	Frame	Frame
Ausnahmezustands	Frame)		
Problemdefinition	$439/1037$ Frames $\approx 42$	31/1037	567/1037
	%	Frames $\approx 3 \%$	Frames $\approx 55 \%$
Empfohlene Maßnahmen	225/379 Frames $\approx 60 \%$	26/379 Frames	128/379
		≈ 7 %	Frames $\approx 34 \%$
Moralische Bewertung	$107/337$ Frames $\approx 32 \%$	118/337	112/337
		Frames $\approx 35 \%$	Frames ≈ 33 %
TT 1 1 11	20/426 E	20/42 C F	270/426
Ursachenzuschreibung	$28/436$ Frames $\approx 6 \%$	30/436 Frames	378/436
		≈ 7 %	Frames $\approx 87\%$

Tab. 3: Framing der Online-Artikel von Onet.pl und Wp.pl im Zeitraum 15.08.2021 -02.09.2021

#### Medienberichterstattung nach der Einführung des Ausnahmezustands

Nachdem der Ausnahmezustand eingeführt worden war, ergaben sich auch Veränderungen im politischen Framing. Die Frames nahezu aller Kategorien von ihm wurden häufiger verwendet. Es

zeigt sich jedoch, wie in Tab. 4 ersichtlich, dass bei der Ursachenzuschreibung das Sicherheitsframe deutlich häufiger gebraucht wurde, als die anderen. Die Verwendung der Frames bei der moralischen Bewertung ist gleichmäßig verteilt, ebenso wie im Zeitraum vor der Einführung des Ausnahmezustands. Bei den anderen Kategorien besteht ein Unterschied von 10 bis 15 % zwischen dem am meisten und dem am zweihäufigsten verwendeten Frame.

Framing der Online-	Nicht Politisches	Politisches Frame	Sicherheit Frame
Artikel nach der	Frame		
Einführung des	(Humanitäres		
Ausnahmezustands	Frame)		
Problemdefinition	$371/1161$ Frames $\approx$	245/1161 Frames ≈ 21	545/1161 Frames ≈ 47
	32 %	%	%
Empfohlene	$85/183$ Frames $\approx 46$	$32/183$ Frames $\approx 18 \%$	66/183 Frames ≈ 36 %
Maßnahmen	%		
<b>Moralische Bewertung</b>	$37/109$ Frames $\approx 34$	$33/109$ Frames $\approx 30\%$	$39/109$ Frames $\approx 36 \%$
	%		
Ursachenzuschreibung	$13/207$ Frames $\approx 6$	$40/207$ Frames $\approx 19$ %	$154/207$ Frames $\approx 75$
	%		%

Tab. 4: Framing der Online-Artikel von Onet.pl und Wp.pl im Zeitraum 03.09.2021-01.10.2021

Im Weiteren soll die Berichterstattung bezüglich des Ausnahmezustands Beachtung finden. Diese hat die öffentliche Debatte im Zeitraum vom 03.09. bis zum 18.09. geprägt.

Das erste Thema, das vor allem durch Onet.pl aufgegriffen wurde, ist die Festnahme von Journalisten der eigenen Redaktion bzw. deren strafrechtliche Verfolgung. In den Artikeln wird die Entscheidung der Regierung bezüglich der Einschränkung des Zugriffs auf das Grenzgebiet für Journalisten kritisiert. Dabei wird festgestellt, dass sogar in Kriegsgebieten die Berichterstattung nicht verboten werde (kein Autor 2021o).

Die Politiker der Oppositionsparteien hatten ebenfalls kein Verständnis für die Einschränkung des Rechtes der Journalisten, aus dem Grenzgebiet zu berichten. Tomasz Siemoniak von der Partei Koalicja Obywatelska äußerte gemäß einem Artikel, dass es den Journalisten ermöglicht sein sollte, Berichte aus dem Grenzgebiet zu erstellen. Auch sah er keine Gefahren, die die Einführung des Ausnahmezustands gerechtfertigt hätten (Bogdańska 2021). Die Mitglieder der Partei Lewica waren derselben Ansicht, weswegen die Parteifunktionäre einen Antrag zur Aufhebung des Ausnahmezustands im Parlament stellten (Popławski 2021c).

Dieser Antrag wurde während einer Parlamentssitzung diskutiert, die im Folgenden vorgestellt werden soll. Hier soll die Meinung aller Parteien präsentiert werden, die im Jahre 2019 ins Parlament gewählt wurden. Alle Aussagen, die angeführt werden, wurden dem Stenogramm der parlamentarischen Sitzung entnommen (kein Autor 2021p). Dieses ist allerdings nicht im Analysematerial inbegriffen, weswegen die Ergebnisse im Weiteren nicht interpretiert werden. Die Darstellung der Debatte soll lediglich dazu dienen, die Meinungen der politischen Parteien bezüglich der Problemlage aufzuzeigen.

Zuerst ergreift der Regierungschef das Wort und bezeichnet die Situation an der Grenze als eine Gefahr für die Sicherheit des polnischen Staates. So würden von den Regimes in Minsk und Moskau illegale Migranten genutzt, die laut internationalem Recht Schutz in Belarus bekommen sollten. Dies sei der Fall, weil Belarus das erste Land auf ihrem Weg sei, das die Genfer Konvention unterzeichnet habe. Die Lösung zur Sicherung der Ordnung wird seitens des Premierministers im Ausnahmezustand gesehen. Danach kommt Mariusz Kamiński zum Wort, der die Rolle von Minsk im Prozedere der illegalen Migration hervorhebt und dazu aufruft, sich auf diese Provokation nicht einzulassen und vielmehr die Grenzen besser zu schützen. Zusätzlich behauptet er, dass die EU Polen in ihren Handlungen unterstützt und die Migranten keine armen Menschen seien, weil sie mehrere tausend Dollar für die Reise nach Europa zahlen würden.

Daraufhin hat ein Vertreter jeder Partei Zeit, um sich zum Ausnahmezustand zu positionieren. Tomasz Siemoniak (Koalicja Obywatelska) stimmt der PiS-Partei zu, dass die polnischen Grenzen geschlossen sein sollten, jedoch sollte es seiner Ansicht nach nicht dazu kommen, dass Konventionen gebrochen werden. Auch sehe er keine rationale Begründung dafür, den Ausnahmezustand einzuführen oder es den Journalisten zu verbieten, Berichte zu verfassen. Abschließend plädiert er dafür, sich für Hilfe an Frontex zu wenden, sowie den vom Ausnahmezustand Betroffenen (Unternehmen im Grenzgebiet) eine Entschädigung zu zahlen.

Der Vertreter der Partei Lewica Krzysztof Gawkowski kritisiert wie Siemoniak das Verbot der Berichterstattung an der Grenze. Er sieht nach eigener Aussage ebenfalls keine rationale Begründung für die Einführung des Ausnahmezustands. Ersteres begründet er damit, dass Journalisten auch in Kriegsgebieten berichten können, letzteres wiederum mit der COVID-19-Pandemie, wo bei größerer Bedrohung für Bürger ein Ausnahmezustand nicht eingeführt worden sei. Er empfiehlt ebenfalls das Anfordern der Hilfe von Frontex sowie die Aufnahme der Geflüchteten, die an der Grenze gefangen sind.

Als nächster Redner wird Władysław Kosiniak-Kamysz (Koalicja Polska) vorgestellt, der ähnlich wie seine Vorredner keine Gründe für die Einführung des Ausnahmezustands sieht. Er bemängelt zudem, dass die Opposition in die Gespräche bezüglich des Ausnahmezustands nicht einbezogen worden sei, und merkt an, dass die Unternehmer eine Entschädigung erhalten sollten, weil der Ausnahmezustand ihre Gewinne beeinträchtige.

Eine Position, die den Ausnahmezustand unterstützt, nimmt Krzysztof Bosak von der Partei Konfederacja ein. Die Bedrohung besteht für ihn dadurch, dass die Spezialdienste des belarussischen Staates die illegale Migration koordinieren würden. Deswegen sollte der Ausnahmezustand eingeführt werden, zumal die radikale Linke diese Gefahr nicht sehe und an der Grenze die Behörden bei ihrer Arbeit behindere.

Der Antrag zur Aufhebung des Ausnahmezustands wurde letztendlich mit einem Stimmverhältnis von 168 dafür und 247 dagegen abgelehnt. Weswegen der Ausnahmezustand nicht mehr revidiert werden konnte. Eine vollständige Auswertung der Parlamentsdebatte lässt sich Tab. 5 entnehmen.

Parlamentsdebatte	Nicht politisches	Politisches Frame	Sicherheit Frame
06.09.2021	Frame		
	(humanitäre		
	Frame)		
Problemdefinition	$16/128$ Frames $\approx 13$	$31/128$ Frames $\approx 24$	$81/128$ Frames $\approx 63$
	%	%	%
Empfohlene Maßnahmen	6/21 Frames ≈ 28 %	5/21 Frames ≈ 24 %	$10/21$ Frames $\approx 48 \%$
Moralische Bewertung	10/29 Frames ≈ 34 %	8/29 Frames ≈ 28 %	11/39 Frames ≈ 38 %
	70		
Ursachenzuschreibung	$2/55$ Frames $\approx 4 \%$	$13/55$ Frames $\approx 24$	$40/55$ Frames $\approx 73 \%$
		%	

Tab. 5: Framing der Parlamentsdebatte am 06.09.2021 bezüglich der Aufhebung des Ausnahmezustands

Nach der Parlamentsdebatte erschienen auf Onet.pl zunehmend Artikel, in denen Einschränkungen des Ausnahmezustands in Frage gestellt werden (kein Autor 2021q, Broniatowski 2021). Über die Migranten an der Grenze wurden bis zum 18.09.2021 je zwei Artikel für Onet.pl und für Wp.pl verfasst. Quellen, die den Journalisten zur Verfügung standen, waren in beiden Fällen ehrenamtliche Helfer. So wird in einem Artikel vom 07.09. die Hilfsbedürftigkeit von Migranten in einem Wald nahe Michałowo beschrieben (kein Autor 2021r). Die notwendige Hilfe sei erteilt und laut dem Gesetz der Grenzschutz angerufen worden. Jedoch seien die Migranten wahrscheinlich zurück an die Grenze zu Belarus transportiert worden, so der Informant. Im zweiten Artikel wird die Situation der Migranten nahe Terespol beleuchtet, die ebenfalls medizinische Hilfe benötigten. Diese wollten ihnen die Aktivisten zukommen lassen, indem sie einen Krankenwagen riefen. Jedoch sei dieser letztendlich nicht losgeschickt worden, weil die Migranten sich auf der belarussischen Seite befunden hätten (Zaremba 2021b). Trotzdem waren die Berichte über die humanitäre Lage der Migranten eine Ausnahme, das zeigt sich anhand der Zahl der Artikel, die in diesem Zeitraum kodiert wurden – im Fall von Wp.pl waren es 42 und von Onet.pl 59 Artikel.

Tabelle 6 verdeutlicht, dass eine Verschiebung bezüglich der Problemdefinition stattgefunden hat. Das politische Frame hat im betrachteten Zeitraum von zwei Wochen an Bedeutung gewonnen und

wurde häufiger in Reden eingeschlossen als das Sicherheitsframe. Auch in den anderen Kategorien ist der Gebrauch des politischen Frames angestiegen – respektive um 17 %, 4 % und 21 %. Das humanitäre Frame wurde vor allem bei der Problemdefinition und der moralischen Bewertung vernachlässigt. Hier wurde es um 33 % bzw. 21 % seltener angesprochen, als im Zeitraum vor dem Ausnahmezustand. Das Sicherheitsframe ist in seiner Präsenz im Wesentlichen konstant geblieben. Nur bei der Problemdefinition und der Ursachenzuschreibung wurde dieses Frame um mehr als 10 % seltener verwendet. Bei der moralischen Bewertung erfuhr es hingegen einen Anstieg im Gebrauch von 17 %.

Framing der Online-	Nicht politisches	Politisches Frame	Sicherheit Frame
Artikel – 03.09–18.09	Frame (humanitäres		
	Frame)		
Problemdefinition	35/394 Frames ≈ 9 %	$184/394$ Frames $\approx$	$175/394$ Frames $\approx 44$
		47 %	%
Empfohlene	23/46 Frames ≈ 50 %	$11/46$ Frames $\approx 24$	12/46 Frames ≈ 26 %
Maßnahmen		%	
<b>Moralische Bewertung</b>	5/44 Frames ≈ 11 %	$17/44$ Frames $\approx 39$	22/44 Frames ≈ 50 %
		%	
Ursachenzuschreibung	$3/102 \text{ Frames} \approx 3 \%$	$29/102$ Frames $\approx 28$	$70/102$ Frames $\approx 69$
		%	%

Tab. 6: Framing der Online Artikel von Onet.pl und Wp.pl im Zeitraum 03.09.2021 -18.09.2021

Der zweite zweitwöchige Zeitraum im September war dadurch geprägt, dass die Regierung am 19.09.2021 zugab, dass Leichen an der polnisch-belarussischen Grenze gefunden wurden (kein Autor 2021s). Zu dieser Bekanntgabe äußerte sich die Europäische Kommission, indem sie der polnischen Regierung die Hilfe von Frontex anbot, da die Grenze zu Belarus eine gemeinsame Grenze sei (von Polen, aber auch von der EU). Deswegen sollte eine europäische Behörde an ihrem Schutz beteiligt sein. Zudem forderten die EU-Kommissare, dass die Medien und ehrenamtliche Helfer Zugang zur Grenze erhalten (Opas 2021b). Über den Tod der Migranten äußerte sich auch die Nonne Malgorzata Chmielewska – sie forderte in einem Medienbericht, dass Polen seine moralische Aufgabe wahrnimmt und den Migranten an der Grenze hilft (kein Autor 2021t).

Der Ministerpräsident bekundete sein Mitleid mit den Opfern und versicherte, dass allen, die Hilfe benötigen, diese auch erteilt werde. Jedoch wies er im Weiteren darauf hin, dass der Grund der Todesfälle die Aktion sei, die in Minsk und Moskau geplant worden sei. So würden Migranten von den belarussischen Behörden an die Grenze gebracht, damit sie die Grenze "stürmen" könnten (kein Autor 2021u). Noch kritischer waren die Äußerungen des Staatssekretärs in der Staatskanzlei des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Dera. Laut Dera müssen die Menschen, die die Grenze illegal überqueren, die Konsequenzen ihres Handelns tragen. Sie müssten nicht sterben, aber es sei ihre Wahl, dies zu tun (Osadnik 2021c).

Daraufhin mehrten sich die Berichte, in denen auf die humanitäre Situation an der Grenze eingegangen wurde. Hervorzuheben ist ein Bericht von BBC, der auf der belarussischen Seite der Grenze zustande kam. In Gesprächen mit Migranten hätten die Journalisten erfahren, dass Pushbacks die reguläre Praxis seien. Dazu wird aufgezeigt, dass die Kälte eine große Herausforderung für Migranten darstellt (kein Autor 2021v). Darüber hinaus wurden Berichte veröffentlicht, in denen weitere Todesfälle thematisiert wurden. So soll ehrenamtlichen Helfer zufolge ein 16-jähriger Junge mit seiner Familie aus Polen durch ein Pushback ausgewiesen worden sein, bevor er auf der belarussischen Seite starb (Schwertner 2021).

Die Reaktion der Regierungspartei PiS darauf war, die Migranten als Terroristen darzustellen. Diese Bemühungen werden vor allem in der Pressekonferenz vom 27.09. verdeutlicht, die bereits vorgestellt wurde. Während ihr gab der Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung die Empfehlung ab, dass der Ausnahmezustand verlängert werden sollte. Der Präsident der Republik Polen zeigte Verständnis für die Forderung der Regierung und unterschrieb letztendlich deren Anfrage. Aus seiner Sicht bedrohte die Situation an der Grenze langfristig die Sicherheit des Landes, weswegen er den Ausnahmezustand als legitim erachtete (kein Autor 2021w). Das Parlament bewilligte den Antrag, indem 237 Abgeordneten von 460 die Stimme für die Verlängerung des Ausnahmezustands geäußert haben.

Einen Tag nach der Unterschrift des Präsidenten wurde bekanntgegeben, dass kleine Kinder in Michałowo mit der Pushback Prozedur nach Belarus abgeschoben worden seien (kein Autor 2021x). Deswegen kann davon ausgegangen werden, dass der weitere Diskurs bezüglich des Themas durch das humanitäre Frame geprägt war; jedoch fällt dieser außerhalb des

Untersuchungszeitraums der vorliegenden Analyse. Die detaillierte Auswertung der Frames des Zeitraums vom 19.09. bis zum 01.10. ist in Tab. 7 dargestellt.

Es sticht hervor, dass das humanitäre Frame viel häufiger als im Zeitraum vom 03.09.2021 bis zum 18.09.2021 gebraucht wurde. Diese Tatsache ist dem Schlüsselereignis zuzuschreiben, das die Todesfälle an der Grenze darstellte. Infolgedessen wurde das politische Framing vernachlässigt. In dieser Weise wird der Zwiespalt bei den Kategorien der Problemdefinition und Empfohlenen Maßnahmen, wenn es sich um die humanitäre und die Sicherheitskategorie handelt deutlich. In den Kategorien "moralische Bewertung" und "Ursachenzuschreibung" lässt sich eine Tendenz zur Verwendung entweder des humanitären (im Falle der moralischen Bewertung) oder des Sicherheitsframes (im Fall der Ursachenzuschreibung) identifizieren.

Framing der Online-	Nicht politisches	<b>Politisches Frame</b>	Sicherheit Frame
Artikel – 19.09–01.10	Frame		
	(humanitäres		
	Frame)		
	·		
Problemdefinition	$337/768$ Frames $\approx 44$	$61/768$ Frames $\approx 8 \%$	$370/768$ Frames $\approx 48$
	0%		%
Empfohlene	$62/137$ Frames $\approx 45\%$	$21/137$ Frames $\approx 15$	$54/137$ Frames $\approx 40$
Maßnahmen		0%	0/0
<b>Moralische Bewertung</b>	$32/65$ Frames $\approx 49 \%$	$16/65$ Frames $\approx 25 \%$	$17/65$ Frames $\approx 26\%$
Ursachenzuschreibung	$10/105$ Frames $\approx 10$	$11/105$ Frames $\approx 10$	$84/105$ Frames $\approx 80$
	0/0	0/0	0/0

Tab. 7: Framing der Online Artikel von Onet.pl und Wp.pl im Zeitraum 19.09.2021–01.10.2021

5 Fazit: Konkurrenz um die Deutungshoheit und Ausblick auf die Flüchtlingswelle aus der Ukraine 2022

Das Ziel dieser Bachelorarbeit war es festzustellen, inwiefern die Ausrufung des Ausnahmezustands in Polen einen Einfluss auf die Darstellung der Migration in der öffentlichen Debatte hatte. Dieser Fall wurde deswegen gewählt, weil das Gesetz in Polen im Vergleich zu anderen Ländern, die von derselben Krise betroffen waren, das restriktivste in Hinblick auf die öffentliche Debatte war.

Zur Untersuchung wurde die Theorie der Securitization (vgl. Wæver 1989; Buzan et al. 1998; Balzacq 2011) und der Desecuritization herangezogen (vgl. Huysmans 1995; Roe 2004). Die Begründung für die Anwendung dieser Theorien beruht auf Arbeiten zur Migrationskrise 2015, in denen die Securitization der Migration in Polen, thematisiert wird (vgl. Bartoszewicz 2016; Kazharski & Tabosa 2018; Legut & Pędziwiatr 2018; Gigitashvili & Sidło 2019). Zusätzlich lässt sich der Ausnahmezustand angemessen in die Logik der Theorie integrieren, weil er als eine Handlung außerhalb des normalen politischen Entscheidungsspielraums angesehen werden kann, der nach einer subjektiven Interpretation eingeführt worden ist. Als Analysematerial wurden sowohl Konferenzen des Ministers für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung, als auch Online-Artikel von Wp.pl und Onet.pl gewählt. Der Zeitraum der Untersuchung belief sich auf ein Zeitfenster, das die Zeit vor der Einführung des Ausnahmezustands (15.08–02.09.2021) sowie die Zeit nach seiner Einführung (03.09–01.10.2021) einschloss. Methodisch wurde die Arbeit auf der Framing-Theorie (vgl. Entman 1993) sowie auf der Kategorisierung von Tkaczyk (2017) aufgebaut.

Die Hypothese, die besagte, dass der Ausnahmezustand dazu ausgerufen worden ist, um eine Desecuritization zu verhindern, konnte nur teilweise bestätigt werden. So wurde erwartet, dass während des gesamten Zeitraums nach der Einführung des Ausnahmezustands das nicht-politische Frame vernachlässigt wird, weil Medien vom Grenzgebiet nicht berichten konnten, was jedoch nicht der Fall war. Vielmehr konnte festgestellt werden, dass Migration in der Anfangsphase nach der Einführung des Ausnahmezustands in Polen (03.09–18.09.2021) nur selten unter Verwendung des humanitären Frames in der Berichterstattung dargestellt wurde. Stattdessen wurde das Thema mit dem politischen Frame präsentiert. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass der Diskurs sich primär mit dem Ausnahmezustand beschäftigte, welcher eine Konsequenz der Migrationskrise war. Dabei

wurde durch Oppositionspolitiker seine Zweckmäßigkeit hinterfragt, jedoch wurde der Sinn des Schutzes der Grenzen nicht negiert. Diese Verschiebung des Diskurses in Richtung des politischen Framen wurde wiederum durch die Information über an der Grenze aufgetretene Todesfälle wieder revidiert. Ab diesem Moment lässt sich erneut eine Ambivalenz zwischen dem nicht politischen und dem Sicherheitsframe feststellen, die bei der Berichterstattung vor dem Ausnahmezustand sichtbar ist.

Ableitend lässt sich feststellen, dass der Ausnahmezustand in einem kurzen Zeitraum von zwei Wochen die mögliche Desecuritization der Migration weitgehend verhindert hat. In den Zeiträumen vom 15.08 - 02.09.2021 sowie vom 19.09-01.10.2021 wurden die Medien zum Sprecher der Desecuritization. In den Berichten der Medienagenturen selbst sowie in Gastgesprächen wurde hauptsächlich auf die humanitäre Lage der Migranten Bezug genommen. Der hohe Anteil der Sicherheitsframes ist lediglich dadurch bedingt, dass die Konferenzen der Regierungsmitglieder bzw. die Aussagen der Politiker der Regierungspartei zitiert wurden. Aus der Berichterstattung kann abgeleitet werden, dass die Redaktionen die Partei PiS als alleinigen Unterstützer der harten Sicherheitsmaßnahmen präsentierten (die Partei Konfederacja, die die Maßnahmen ebenfalls unterstützte, kam in der Berichterstattung nicht zu Wort). Deswegen war es Seiten der Regierung opportunistisch den ersten Ausnahmezustand auszurufen, um in der öffentlichen Debatte dem Narrativ der Regierungspartei eine größere Präsenz zu verleihen. Regierungsmitglieder wären demnach in der Berichterstattung präsenter, weil nur sie Informationen über den faktischen Zustand des Grenzgebietes hätten. Der Ausnahmezustand erfüllte jedoch nicht die damit verfolgten Ziele, weil durch ehrenamtliche Helfer dennoch Berichte an die Medien gelangten. In so eine Weise konnten sich die Medien an die Gegebenheiten des Ausnahmezustands anpassen, ohne die geltenden Regeln zu brechen. Anhand der Ergebnisse lässt sich demnach feststellen, dass die Regierung die Medien weitgehend als Konkurrent bezüglich der Deutungshoheit ansah.

Dadurch, dass die Regierungsmitglieder ihre Deutungshoheit vom Redner der Desecuritization (Medien) bedroht sahen, führten sie Gegenmaßnahmen ein, die dem humanitären Narrativ entgegenwirken sollten. So wurde beispielhaft als Antwort auf die prekäre Lage in Usnarz ein humanitärer Transport vorgeschlagen, der an den Grenzübergang mit Belarus fuhr, jedoch später von den belarussischen Behörden abgelehnt wurde. Als sich humanitäre Berichte über die Lage der

Migranten in Usnarz Górny häuften, griff die Regierung zum Ausnahmezustand zurück. Dies verschob die Debatte für zwei Wochen in die politische Richtung, bevor sie durch ein Schlüsselereignis (Todesfälle an der Grenze) erneut zur humanitären Sichtweise zurückkehrte. Als Reaktion darauf wurden die Migranten persönlich als Terroristen und sexuelle Straftäter dargestellt und es wurde eine Empfehlung für die Beibehaltung des Ausnahmezustands abgegeben. Zu berücksichtigen ist, dass die Bevölkerung Letzteren weiterhin unterstütze, obwohl in den Medien über Todesfälle berichtet wurde (kein Autor 2021y).

Die Unterstützung für den Ausnahmezustand könnte dadurch entstanden sein, dass in allen drei betrachteten zweiwöchigen Zeiträumen die Schuld an der Krise mehrheitlich bei Aleksandr Lukaschenko und dessen Regime bzw. Russland zugeschrieben wurde. Auch Oppositionspolitiker, die sich grundsätzlich für Hilfe und humanitäres Verhalten aussprachen, wie Maciej Konieczny, bezeichneten die Migranten als eine Waffe im Plan von Lukashenko (kein Autor 2021z). Dies beförderte die sicherheitsbezogene Rhetorik der Regierung und der PiS-Politiker weitgehend, weil sie damit ihre Ansicht untermauern konnten, dass die Gefahr aus dem Osten kommt (Russland, das mit Belarus weitgehend kooperiert) und historisch begründet ist (zum Beispiel durch den Krieg im Jahr 1920 oder den Angriff vom 17.09.1939). Die Bevölkerung könnte dieses Narrativ der feindlichen Operation angenommen haben, weil sie die russlandfeindlichste aller Länder der Welt ist (kein Autor 2015). Inwiefern die wahrgenommene Bedrohung des Landes durch die Angst gegenüber Russland begründet ist, soll in weiteren Analysen erforscht werden.

An dieser Stelle lässt sich nicht explizit sagen, welche Auswirkungen die Berichterstattung der Medien auf die Securitization des Migrationsthemas in Polen im Fall gehabt hätte, wenn Berichte aus dem Grenzgebiet an die Öffentlichkeit gelangt wären. Es ist vorstellbar, dass drastische Bilder von Migranten, die tatsächlich an der Grenze leiden und ihr Leben verlieren, eine Änderung der Meinung der Bevölkerung hervorgerufen hätten, die zu dieser Zeit kritisch gegenüber der Aufnahme der Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze eingestellt war (Feliksiak 2021: 2). Dieser Wandel könnte dann zur einer Desecuritization der Migration in der öffentlichen Debatte beitragen und so die Redner der Securitization dazu drängen können, eine andere Position, die sich dem humanitären Frame zurechnen lässt, einzunehmen.

Wird die aktuelle Flüchtlingswelle aus der Ukraine betrachtet, erscheint das Handeln der polnischen Regierung inkonsistent. Berichten zufolge hat Polen ungefähr vier Millionen Ukrainer aufgenommen, die vor dem Krieg geflüchtet sind (Derewienko 2021). Hierbei nahm die Regierung eine migrationsfreundliche Haltung ein und revidierte alle Hindernisse für die Einreise nach Polen (kein Autor 2022). Unter den Einreisenden befanden sich unter anderem dunkelhäutige Studenten aus der Ukraine, die laut dem Ministerium für Inneren Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung, wie die einheimischen ukrainischen Flüchtlinge behandelt wurden (Kruczyńska 2022). Es lassen sich zwei Unterschiede zu der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze identifizieren. Zum einen überqueren diese Menschen legal die Grenze und zum anderen flüchten sie vor einem Krieg, der tatsächlich in dem benachbarten Land stattfindet. Eine weitere Untersuchung der Gründe, weshalb die Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze nicht aufgenommen wurden und jene von der polnisch-ukrainischen wiederrum schon, steht noch aus.

Diese Studie wurde als Einzelfallstudie konzipiert, weswegen sie nicht auf andere Staaten übertragen bzw. verallgemeinert werden kann. Sie hat jedoch dazu beigetragen, ein besseres Verständnis bezüglich des Framings der Migration in der politischen Debatte in Polen zu schaffen. Hierbei ist vor allem die zentrale Rolle der Medien hervorzuheben, die der Narration der Regierung entgegenwirken und einen Narrativ einnahmen, in der sie Migration als humanitäres Problem darstellten.

#### 6 Literaturverzeichnis

Asderaki, F. & Markozani, E. (2021). The Securitization of Migration and the 2015 Refugee Crisis: From Words to Actions. In F. Asderaki & E. Markozani (Hrsg.), *The New Eastern Mediterranean Transformed*, 179-198. Springer.

Bachmann, S. D. D. & Paphiti, A. (2021). Mass Migration as a Hybrid Threat?—A Legal Perspective. *Polish Political Science Yearbook*, 50(1), 119-145

Baker-Beall, C. (2019). The threat of the 'returning foreign fighter': The securitization of EU migration and border control policy. *Security Dialogue*, 50(5), 437-453.

Balzacq, T. (2005). The three faces of securitization: Political agency, audience and context. *European journal of international relations*, 11(2), 171-201.

Balzacq, T. (2011). Securitization theory. How Security Problems Emerge and Dissolve. Routledge.

Balzacq, T. & Guzzini, S. (2015). Introduction: 'What kind of theory-if any-is securitization?'. *International Relations*, 29(1), 97-102.

Balzacq, T., Léonard, S. & Ruzicka, J. (2016). 'Securitization' revisited: Theory and cases. *International relations*, 30(4), 494-531.

Bartoszewicz, M. G. (2016). Festung Europa: securitization of migration and radicalization of European Societies. *Acta Universitatis Carolinae Studia Territorialia*, *16*(2), 11-37.

Benam, Ç. H. (2011). Emergence of in Europe: Border Control and Securitization of Migration. *Insight Turkey*, *13*(3), 191-207.

Bigo, D. (2002). Security and immigration: Toward a critique of the governmentality of unease. *Alternatives*, 27(1), 63-92.

Bjørnskov, C. & Voigt, S. (2018). Why do governments call a state of emergency? On the determinants of using emergency constitutions. *European Journal of Political Economy*, (54)2018, 110-123.

Bockel, F. M. (2021). Securitization of Migration in Europe: Pushback practices and the Role of the European Court of Human Rights. Umeå University.

Bogdańska, K. (2021). Stan wyjątkowy przy granicy. Platforma Obywatelska zabrała głos. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Stan wyjątkowy przy granicy. Platforma Obywatelska zabrała głos - WP Wiadomości (10.06.2022).

Bourdieu, P. (1979). Symbolic power. Critique of anthropology, 4(13-14), 77-85.

Broniatowski, M. (2021). POLITICO: Kryzys migracyjny na granicach Polski przynosi rządowi korzyści polityczne. wiadomości.onet.pl. Online abgerufen unter: Kryzys migracyjny na granicach Polski przynosi rządowi korzyści polityczne - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

Brouwer, J., Van der Woude, M. & Van der Leun, J. (2017). Framing migration and the process of crimmigration: A systematic analysis of the media representation of unauthorized immigrants in the Netherlands. *European Journal of Criminology*, *14*(1), 100-119.

Buonfino, A. (2004). Between unity and plurality: the politicization and securitization of the discourse of immigration in Europe. *New political science*, 26(1), 23-49.

Buzan, B. (1991). *People, states & fear: an agenda for international security studies in the post-cold war era*. Harvester Wheatsheaf.

Buzan, B., Wæver, O. & De Wilde, J. (1998). Security: A new framework for analysis. Lynne Rienner Publishers.

Cabada, L. & Waisová, Š. (2018). The Visegrad Group as an ambitious actor of (Central-) European foreign and security policy. *Politics in Central Europe*, 14(2), 9-20.

Chong, D. & Druckman, J. N. (2007a). A theory of framing and opinion formation in competitive elite environments. *Journal of communication*, *57*(1), 99-118.

Chong, D. & Druckman, J. N. (2007b). Framing theory. *Annual Review of Political Science*, 2007(10), 103-126.

Cichocki, P., & Jabkowski, P. (2019). Immigration attitudes in the wake of the 2015 migration crisis in the Visegrád Group countries. *Intersections*, 5(1), 27-47.

Crawley, H. (2016). Managing the unmanageable? Understanding Europe's response to the migration 'crisis'. *Human Geography*, 9(2), 13-23.

Derewienko, E. (2021). Ilu uchodźców z Ukrainy jest w Polsce? [AKTUALNE DANE]. 300gospodarka.pl. Online abgerufen unter: Ilu uchodźców z Ukrainy jest w Polsce? [AKTUALNE DANE] | 300Gospodarka.pl (13.06.2022).

Entman, R. M. (1993). Framing: Towards clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51-58.

Entman, R. M. (2004). *Projects of Power: Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy*. University of Chicago Press.

European Commission. (2015). Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions "A European Agenda on Migration". eur-lex.europa.eu. Online abgerufen unter: <u>untitled (europa.eu)</u> (10.06.2022).

Feliksiak, M. (2017). Media online. cbos.pl. Online abgerufen unter: Microsoft Word - kom053 17 media online.docx (cbos.pl) (10.06.2022).

Feliksiak, M. (2021). Opinia publiczna wobec kryzysu na granicy z Białorusią. cbos.pl. Online abgerufen unter: Komunikat CBOS (15.06.2022).

Gałczyńska, M. (2021). "Polska ewidentnie łamie Konwencję Praw Człowieka. Jeśli będą skargi do Strasburga, sprawy mamy przegrane". Online abgerufen unter: Migranci. Usnarz Górny. Polska łamie Konwencję Praw Człowieka - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

Gattinara, P. C. & Morales, L. (2017). The politicization and securitization of migration in Western Europe: Public opinion, political parties and the immigration issue. In P. Bourbeau (Hrsg.), *Handbook on migration and security*, 273–295. Edward Elgar Publishing.

Georgia, D. (2022). Desecuritizing migration in Greece: Contesting securitization through "flexicuritization". *International Migration*, 60(1), 173-187.

Gigitashvili, G. & Sidło, K. W. (2019). "Merchants of Fear: Discursive Securitization of the Refugee Crisis in the Visegrad Group Countries.". *EuroMesco Policy Brief*, 2019(89), 1-16.

Hafner-Burton, E. M., Helfer, L. R. & Fariss, C. J. (2011). Emergency and escape: Explaining derogations from human rights treaties. *International Organization*, 65(4), 673-707.

Hansen, L. (2012). Reconstructing desecuritisation: the normative-political in the Copenhagen School and directions for how to apply it. *Review of international studies*, 38(3), 525-546.

Herman, E. S. & Chomsky, N. (2010). *Manufacturing consent: The political economy of the mass media*. Random House.

Hopf, T. (2004). Discourse and content analysis: Some fundamental incompatibilities. *Qualitative methods*, 2(1), 31-33.

Huysmans, J. (1995). Migrants as a security problem: dangers of 'securitizing'. In R. Miles & D. Tränhardt (Hrsg.), *Migration and European Integration. The Dynamics of Inclusion and Exclusion*, 53-72. Fairleigh Dickinson University Press.

Huysmans, J. (1998). The question of the limit: Desecuritisation and the aesthetics of horror in political realism. *Millennium*, 27(3), 569-589.

Huysmans, J. (2000). The European Union and the securitization of migration. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 38(5), 751-777.

Kaprāns, M., & Saulītis, A. (2022). *Weaponising Immigration on the EU-Belarus Border*. Latvijas Universitates Filozofijas un Sociologijas Instituts.

Kazharski, A. & Tabosa, C. (2018). New patterns of securitization in Central and Eastern Europe. In R. Q. Turcsányi & M. Vorotnyuk (Hrsg.), *Theorizing Security in the Eastern European Neighbourhood. Issues and Approaches*, 60-81. STRATPOL – Strategic Policy Institute.

kein Autor (2015). Polska najbardziej antyrosyjskim krajem na świecie. polityka.pl. Online abgerufen unter: Polska najbardziej antyrosyjskim krajem na świecie - Polityka.pl (10.06.2022).

kein Autor (2021a). Attempts to cross the Lithuanian border illegally are becoming more common. world-today-news.com. Online abgerufen unter: Attempts to cross the Lithuanian border illegally are becoming more common - World Today News (world-today-news.com) (10.05.2022).

kein Autor (2021b). Rozporządzenie Prezydenta Rzeczpospolitej Polskiej z dnia 2 września 2021 r. isap.sejm.gov.pl. Online abgerufen unter: akty prawne do ISAP-u (sejm.gov.pl) (13.06.2022).

kein Autor (2021c). Sejm wyraził zgodę na przedłużenie stanu wyjątkowego. gov.pl. Online abgerufen unter: Sejm wyraził zgodę na przedłużenie stanu wyjątkowego - Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji - Portal Gov.pl (www.gov.pl) (13.06.2022).

kein Autor (2021d). Rozporządzenie Ministra Spraw Wewnętrznych i Administracji z dnia 30 listopada 2021 r. isap.sejm.gov.pl. Online abgerufen unter: akty prawne do ISAP-u (sejm.gov.pl) (13.06.2022).

kein Autor (2021e). Rozporządzenie Ministra Spraw Wewnętrznych i Administracji z dnia 28 lutego 2022 r. isap.sejm.gov.pl. Online abgerufen unter: akty prawne do ISAP-u (sejm.gov.pl) (13.06.2022).

kein Autor (2021f). Regarding the Declaration of Emergency Situation. likumi.lv. Online abgerufen unter: Par ārkārtējās situācijas izsludināšanu (likumi.lv) (13.06.2022).

kein Autor (2021g). LIETUVOS RESPUBLIKOS SEIMAS. NUTARIMAS DĖL NEPAPRASTOSIOS PADĖTIES ĮVEDIMO. e-seimas.lrs.lt. Online abgerufen unter: XIV-617 Dėl nepaprastosios padėties įvedimo (lrs.lt) (13.06.2022).

kein Autor (2021h). Lithuania to allow reporters access to border, reversing earlier policy. lrt.lt. Online abgerufen unter: Lithuania to allow reporters access to border, reversing earlier policy - LRT (12.06.2022).

kein Autor (2021i). Sondaż: Polacy o wprowadzeniu stanu wyjątkowego. wiadomości.onet.pl. Online abgerufen unter: Sondaż: Polacy o wprowadzeniu stanu wyjątkowego - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021j). Dramatyczny los uchodźców na granicy. "Ludzie są uwięzieni. Żołnierze mają rozkaz, by nie wpuszczać ich do Polski". wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Afganistan. Uchodźcy na polsko-białoruskiej granicy. Trudna sytuacja - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021k). Imigranci na granicy polsko-białoruskiej. "To akcja polityczna Aleksandra Łukaszenki". wiadomości.onet.pl. Online abgerufen unter: Granica polsko-białoruska. Przydacz: to akcja polityczna Łukaszenki - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (20211). Trudna sytuacja na granicy z Białorusią. Tusk: ochrona nie polega na antyhumanitarnej propagandzie. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Granica polskobiałoruska. Donald Tusk o "antyhumanitarnej propagandzie" - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021m). Przydacz o sytuacji na granicy z Białorusią: to po stronie białoruskiej leży obowiązek rozwiązania tej sprawy. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Sytuacja na granicy polsko-białoruskiej. Marcin Przydacz komentuje - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021n). Poseł KO próbował przekazać pomoc migrantom. Został zatrzymany przez służby. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Poseł KO Franciszek Sterczewski chciał przekazać pomoc migrantom. Zatrzymany - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021o). Stan wyjątkowy. Dziennikarze Onetu z dwoma zarzutami. Reakcje w sieci. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Stan wyjątkowy. Dziennikarze Onetu z dwoma zarzutami. Reakcje w sieci - Wiadomości (10.06.2022).

kein Autor (2021p). Sprawozdanie Stenograficzne z 36. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 6 września 2021 r. orka2.sejm.gov.pl. Online abgerufen unter: 36 b ksiazka bis.pdf (sejm.gov.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021q). RPO ma wątpliwości co do wprowadzonych ograniczeń dla mediów w stanie wyjątkowym. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Stan wyjątkowy. RPO ma wątpliwości dot. ograniczeń dla mediów - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021r). Uchodźcy nadal przekraczają granicę. "Byli zmarznięci, część nie miała butów". wiadomości.onet.pl. Online abgerufen unter: Stan wyjątkowy. Uchodźcy nadal przekraczają granicę: "Byli zmarznięci" - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021s). Migranci próbują przekroczyć polską granicę. Kolejne ofiary śmiertelne. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Sytuacja na granicy. Migranci próbują przekroczyć granicę. Kolejne ofiary śmiertelne - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021t). Siostra Chmielewska o migrantach na granicy. "Boże, wybacz nam". wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Siostra Chmielewska o migrantach na granicy. "Boże, wybacz nam" - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021u). Ciała migrantów przy białoruskiej granicy. Morawiecki: to szturm na polską granicę. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Ciała migrantów znalezione przy granicy. Mateusz Morawiecki komentuje - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021v). "Świat nie wie, co tam się dzieje". BBC o sytuacji na granicy polskobiałoruskiej. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Migranci na granicy. Dramatyczną sytuację relacjonuje BBC - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021w). Prezydent Andrzej Duda podpisał wniosek o przedłużenie stanu wyjątkowego. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Stan wyjątkowy. Prezydent Andrzej Duda podpisał wniosek o przedłużenie stanu wyjątkowego - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021x). "Push-back" małych dzieci. Uchodźcy wywożeni na granicę. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Michałowo. "Push-back" małych dzieci. Uchodźcy wywożeni na granicę - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021y). Polacy chcą dłuższego stanu wyjątkowego [SONDAŻ]. wiadomości.onet.pl. Online abgerufen unter: Polacy chcą dłuższego stanu wyjątkowego [SONDAŻ] - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

kein Autor (2021z). Poseł Lewicy na granicy polsko — białoruskiej: chciano nas oskarżyć o przemyt śpiworów. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: <u>Poseł partii Razem skrytykował działania Polski na granicy z Białorusią - Wiadomości (onet.pl)</u> (10.06.2022).

kein Autor (2022). Rząd przyjął specustawę dotyczącą pomocy dla uchodźców z Ukrainy. gov.pl. Online abgerufen unter: Rząd przyjął specustawę dotyczącą pomocy dla uchodźców z Ukrainy - Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji - Portal Gov.pl (www.gov.pl) (13.06.2022).

Klein, J. & Amis, J. M. (2021). The dynamics of framing: Image, emotion, and the European migration crisis. *Academy of Management Journal*, 64(5), 1324-1354.

Kołodziejczyk, B. (2021a). 13 osób zatrzymanych. Straż Graniczna: niszczyli płot graniczny. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: 13 osób zatrzymanych. Straż Graniczna: niszczyli płot graniczny - WP Wiadomości (10.06.2022).

Kołodziejczyk, K. (2021b). Nowe informacje z Usnarza. Fundacja Ocalenie: 10 osób z gorączką i krwią w moczu. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Nowe informacje z Usnarza. Fundacja Ocalenie: 10 osób z gorączką i krwią w moczu - WP Wiadomości (10.06.2022).

Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. (1997). Bellona Spółka Akcyjna.

Kovář, J. (2020). A security threat or an economic consequence? An analysis of the news framing of the European Union's refugee crisis. *International communication gazette*, 82(6), 564-587.

Kruczyńska, A. (2022). Studenci z Afryki opuszczają Ukrainę. MSZ zapewnia: wpuszczamy wszystkich bez względu na pochodzenie. onet.pl. Online abgerufen unter: Studenci z Afryki opuszczają Ukrainę. MSZ zapewnia: wpuszczamy wszystkich bez względu na pochodzenie - Podróże (onet.pl) (10.06.2022).

Legut, A. & Pędziwiatr, K. (2018). Sekurytyzacja migracji w polityce polskiej a zmiana postaw Polaków wobec uchodźców. In R. Jończy (Hrsg.), *Sami swoi? Wielokulturowość we współczesnej Europie*, 41-51.

Łubiński, P. (2022). Hybrid Warfare or Hybrid Threat–The Weaponization of Migration as an Example of the Use of Lawfare–Case Study of Poland. *Polish Political Science Yearbook*, (51)2022, 1-13.

McConnon, E. (2022). People as security risks: the framing of migration in the UK security-development nexus. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48(6), 1381-1397.

McDonald, M. (2008). Securitization and the Construction of Security. *European journal of international relations*, 14(4), 563-587.

Messing, V. & Ságvári, B. (2019). Still divided, but more open: Mapping European attitudes towards migration before and after the migration crisis. *Change*, 2019(4), 77-80.

Metcalfe-Hough, V. (2015). *The migration crisis? Facts, challenges and possible solutions.* Overseas Development Institute.

Michalski, P. (2021). "Umieramy". Wiadomość od Afgańczyków z pogranicza. Policja w Usnarzu Górnym. wiadomości.wp.pl. Online abgerufen unter: "Umieramy". Wiadomość od Afgańczyków z pogranicza. Policja w Usnarzu Górnym - WP Wiadomości (10.06.2022).

Miholjcic, N. (2017). The securitization of migration issue: Hungarian case. *Jurnalul Practicilor Comunitare Pozitive*, 17(3), 58-66.

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021a, September 02). Mariusz Kamiński o wprowadzeniu stanu wyjątkowego w miejscowościach przy granicy polsko-białoruskiej. YouTube.com. Online abgerufen unter: (563) Mariusz Kamiński o wprowadzeniu stanu wyjątkowego w miejscowościach przy granicy polsko-białoruskiej - YouTube (10.06.2022).

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021b, September 06). Mariusz Kamiński o sytuacji na polsko-białoruskiej granicy. YouTube.com. Online abgerufen unter: (563) Mariusz Kamiński o sytuacji na polsko-białoruskiej granicy - YouTube (10.06.2022) (nicht zitiert).

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021c, September 20). Mariusz Kamiński o naporze migrantów na polską granicę wschodnią. YouTube.com. Online abgerufen unter: (563) Mariusz Kamiński o naporze migrantów na polską granicę wschodnią - YouTube (10.06.2022).

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021d, September 27). Mariusz Kamiński o prowokacjach służb białoruskich i migrantach na granicy wschodniej. YouTube.com. Online abgerufen unter: (563) Mariusz Kamiński o prowokacjach służb białoruskich i migrantach na granicy wschodniej - YouTube (10.06.2022).

Niemann, A. & Zaun, N. (2018). EU refugee policies and politics in times of crisis: theoretical and empirical perspectives. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, *56*(1), 3-22.

Nyers, P. (2013). Rethinking refugees: Beyond state of emergency. Routledge.

Olędzka, J. (2021). Deadlock or new opening? Current state and prospects for development of Lithuanian-Belarusian relations. *Rocznik Instytutu Europy Środkowo-Wschodniej*, 19(3), 121-141.

Onet News. (2021, August 31). Konferencja prasowa premiera Morawieckiego oraz ministrów Niedzielskiego i Kamińskiego. YouTube. Online abgerufen unter: (563) Konferencja prasowa premiera Morawieckiego oraz ministrów Niedzielskiego i Kamińskiego - YouTube (10.06.2022).

Opas, R. (2021a). Uchodźcy koczują na granicy. Straż Graniczna nie przepuściła lekarki. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Uchodźcy koczują na granicy. Straż Graniczna nie przepuściła lekarki - WP Wiadomości (10.06.2022).

Opas, R. (2021b). Kryzys migracyjny. UE chce obecności Fronteksu na granicy polskobiałoruskiej. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Kryzys migracyjny. UE chce obecności Fronteksu na granicy polsko-białoruskiej - WP Wiadomości (10.06.2022).

Osadnik, P. (2021a). KE o sytuacji na granicy z Białorusią. "Nie możemy tego zaakceptować". wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: KE o sytuacji na granicy z Białorusią. "Nie możemy tego zaakceptować" - WP Wiadomości (10.06.2022).

Osadnik, P. (2021b). Radość w Usnarzu Górnym. Fundacja Ocalenie publikuje film. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Radość w Usnarzu Górnym. Fundacja Ocalenie publikuje film - WP Wiadomości (10.06.2022).

Osadnik, P. (2021c). Trzy osoby zginęły na granicy. Andrzej Dera: Jeśli ktoś łamie prawo, musi ponieść konsekwencje. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Trzy osoby zginęły na granicy. Andrzej Dera: Jeśli ktoś łamie prawo, musi ponieść konsekwencje - WP Wiadomości (10.06. 2022).

Popławski, J. (2021a). Polacy obawiają się sytuacji na granicy z Białorusią? Sondaż nie pozostawia złudzeń. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Polacy obawiają się sytuacji na granicy z Białorusią? Sondaż nie pozostawia złudzeń - WP Wiadomości (13.06.2022).

Popławski, J. (2021b). Płot na granicy z Białorusią. Błaszczak potwierdza: Będzie solidny. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Płot na granicy z Białorusią. Błaszczak potwierdza: Będzie solidny - WP Wiadomości (10.06.2022).

Popławski, J. (2021c). Lewica chce uchylenia stanu wyjątkowego. Posłowie złożyli w Sejmie dokumenty. wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Lewica chce uchylenia stanu wyjątkowego. Posłowie złożyli w Sejmie dokumenty - WP Wiadomości (10.06.2022).

Pytlak, P. (2021). Sytuacja na granicy polsko — białoruskiej. Straż Graniczna blokuje przyjazd uchodźców [WIDEO]. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: Poseł Maciej Konieczny o sytuacji na granicy polsko-białoruskiej - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

Richards, D. L. & Clay, K. C. (2012). An umbrella with holes: Respect for non-derogable human rights during declared states of emergency, 1996–2004. *Human Rights Review*, *13*(4), 443-471.

Roe, P. (2004). Securitization and minority rights: Conditions of desecuritization. *Security dialogue*, 35(3), 279-294.

Rosén Lindholm, I. (2021). Normative Power Europe and External Perceptions: The discursive construction of self, other and norms during the 2021 Belarus-EU border crisis. Försvarshögskolan.

Schwertner, J. (2021). 16-letni chłopiec zmarł na granicy polsko-białoruskiej. Wcześniej wymiotował krwią. wiadomosci.onet.pl. Online abgerufen unter: 16-letni chłopiec zmarł na granicy polsko-białoruskiej - Wiadomości (onet.pl) (10.06.2022).

Skleparis, D. (2018). 'A Europe without Walls, without Fences, without Borders': A Desecuritisation of Migration Doomed to Fail. *Political Studies*, 66(4), 985-1001.

Stepper, P. (2016). The Visegrad Group and the EU agenda on migration: A coalition of the unwilling?. *Corvinus Journal of International Affairs*, *I*(1), 62-82.

Surwillo, I. & Slakaityte, V. (2022). Fortifying the EU's eastern border-Countering hybrid attacks from Belarus. Danish Institute for International Studies.

Szczepańska, E. (2022). Nielegalne przekroczenia granicy z Białorusią w 2021 r. strazgraniczna.pl. Online abgerufen unter: Nielegalne przekroczenia granicy z Białorusią w 2021 r. - Aktualności - Komenda Główna Straży Granicznej (strazgraniczna.pl) (10.05.2022).

Tkaczyk, M. (2017). Between politicization and securitization: Coverage of the European migration crisis in Czech online news media. *Communication Today*, 8(2), 90-111.

Twitter (2021a). *Ingrida Šimonytė* @*IngridaSimonyte*. Online abgerufen unter: (11) Ingrida Šimonytė on Twitter: "Lukashenko ruthlessly exploits migration as a tool of hybrid war against the EU. Discussed w/ @vonderleyen the need for the EU unity and further support from EU institutions tackling irregular migration flows to Europe via Lithuanian- Belarus border." / Twitter (14.06. 2022).

Twitter (2021b). *Krišjānis Kariņš @krisjaniskarins*. Online abgerufen unter: (11) Krišjānis Kariņš on Twitter: "LVLTEEPL jointly calls on the UN to hold Belarus accountable for weaponising refugees and immigrants in its territory and full compliance with its international obligations. https://t.co/UFspbvD0S1" / Twitter (14.06.2022).

Twitter (2021c). *Mateusz Morawiecki @MorawieckiM*. Online abgerufen unter: (11) Mateusz Morawiecki on Twitter: "Wojna hybrydowa przeciwko Polsce i UE trwa. Są tylko 2 strony tego konfliktu - albo opowiemy się za twardą obroną polskiej suwerenności, granic UE, demokracji, praw człowieka - albo wpiszemy się w scenariusz wydarzeń wymyślony na Kremlu i w Mińsku. https://t.co/s6EDayXnyQ" / Twitter (14.06.2022).

Wæver, O. (1989). 'Security, the speech act: analysing the politics of a word', unpublished second draft. Centre for Peace and Conflict Research, Copenhagen.

Wæver, O. (2000). 'The EU as a Security Actor: Reflections from a Pessimistic Constructivist on Post-Sovereign Security Orders'. In M. Kelstrup & M. Williams (Hrsg.), *International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security, and Community*, 250-294. London: Routledge.

Vultee, F. (2010). Securitization: A new approach to the framing of the "war on terror". *Journalism practice*, 4(1), 33-47.

Zaremba, J. (2021a). Tragiczna sytuacja uchodźców z Afganistanu na polskiej granicy. "Łamanie prawa międzynarodowego". wiadomosci.wp.pl. Online abgerufen unter: Tragiczna sytuacja uchodźców z Afganistanu na polskiej granicy. "Łamanie prawa międzynarodowego" - WP Wiadomości (10.06.2022).

Zaremba, J. (2021b). Terespol. Aktywiści wezwali karetkę do uchodźców. "Pogotowie odmówiło przyjazdu". wiadomości.wp.pl. Online abgerufen unter: Terespol. Aktywiści wezwali karetkę do uchodźców. "Pogotowie odmówiło przyjazdu" - WP Wiadomości (10.06.2022).

Zvada, Ľ. (2018). Securitization of the Migration Crisis and Islamophobic Rhetoric: The 2016 Slovak Parliamentary Elections as a Case Study. *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics*, 12(2), 216-235.

## 7 Anhang

7.1 Beispielhafte Frames von jeder Kategorie und das Codebuch

#### **Humanitäres Frame:**

#### **Problem definition**

Ludzie tam jedzą rośliny oraz piją wodę z pobliskich jezior czy rzek — mówił w rozmowie z Onetem poseł Lewicy Maciej Konieczny.

Die Menschen dort essen Pflanzen und trinken Wasser aus nahe gelegenen Seen und Flüssen", sagte der Abgeordnete der Linken Maciej Konieczny in einem Interview mit Onet (Pytlak 2021, übersetzt mit DeepL).

W lasach w pobliżu miejscowości Giby straż graniczna odnalazła w sobotę zwłoki ciemnoskórego mężczyzny. To migrant z Iraku, który zmarł z wychłodzenia, usiłując przekroczyć granicę. Kolejni migranci zostali uratowani przez strażników na bagnach. Tymczasem w niedzielę Straż Graniczna poinformowała, że w rejonie przygranicznym z Białorusią znaleziono zwłoki trzech osób.

Grenzschutzbeamte fanden am Samstag die Leiche eines dunkelhäutigen Mannes in den Wäldern bei Giby. Er ist ein Migrant aus dem Irak, der bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren, an Unterkühlung starb. Weitere Migranten wurden von Wachleuten aus den Sümpfen gerettet. Unterdessen teilte der Grenzschutz am Sonntag mit, dass im Grenzgebiet zu Weißrussland die Leichen von drei Menschen gefunden worden seien (kein Autor 2021s, übersetzt mit DeepL).

## Empfohlene Maßnahmen

Polska i Łotwa mają zapewnić tym ludziom wody, żywności, ubrań oraz opieki medycznej, a jeśli to tylko możliwe, to również tymczasowego schronienia

Polen und Lettland sollen diese Menschen mit Wasser, Lebensmitteln, Kleidung und medizinischer Versorgung versorgen und ihnen, wenn möglich, eine vorübergehende Unterkunft bieten (Osadnik 2021b, übersetzt mit DeepL).

## **Moralische Bewertung**

Straż Graniczna wypycha ich na Białoruś. Często robi to wielokrotnie. Wśród tak nieludzko traktowanych są też kobiety i dzieci.

Die Grenzbeamten drängen sie nach Weißrussland. Sie tun dies oft wiederholt. Auch Frauen und Kinder gehören zu den Menschen, die auf diese Weise unmenschlich behandelt werden (kein Autor 2021p; übersetzt mit DeepL).

## Ursachenzuschreibung

Boicie się i straszycie ludzi, których jedyną winą jest to, że chcieli uciec przed wojną i okrucieństwem władzy, która ich w swoich krajach nie chciała.

Sie fürchten und verängstigen Menschen, deren einziger Fehler es ist, dass sie vor einem Krieg und vor der Grausamkeit einer Behörde fliehen wollten, die sie nicht in ihrem Land haben wollte (kein Autor 2021p; übersetzt mit DeepL).

#### **Politisches Frame:**

#### **Problem definition**

Ocenił (Tomasz Siemoniak), że działanie rządu jest infantylne i niepoważne. Stwierdził także, że decyzje PiS są nieadekwatne w stosunku do zagrożeń, a jedynym obiektem rozporządzenia są media i organizacje pozarządowe.

Er (Tomasz Siemoniak) bewertete die Klage der Regierung als infantil und frivol. Er erklärte auch, dass die Beschlüsse der PiS im Verhältnis zu den Bedrohungen unzureichend seien und dass die einzigen Objekte der Verordnung die Medien und die NGOs seien (Bogdańska 2021, übersetzt mit DeepL).

## Empfohlene Maßnahmen

Unia Europejska chce, aby przy granicy polsko-białoruskiej obecny był Frontex, czyli Europejska Agencja Straży Granicznej i Przybrzeżnej.

Die Europäische Union möchte, dass Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, an der polnisch-weißrussischen Grenze präsent ist (Opas 2021b, übersetzt mit DeepL).

## **Moralische Bewertung**

Zagrożeniem jest to, że praktyka działania naszych służb, służb nowoczesnego, demokratycznego państwa prawa, za jakie chcemy się uważać, depcze prawa człowieka tak samo jak służby białoruskiej dyktatury Łukaszenki, na które sami jeszcze niedawno nakładaliśmy sankcje.

Es besteht die Gefahr, dass die Praktiken unserer Dienste, der Dienste eines modernen, demokratischen Rechtsstaates, als den wir uns ja verstehen wollen, die Menschenrechte genauso mit Füßen treten wie die der weißrussischen Lukaschenko-Diktatur, gegen die wir vor nicht allzu langer Zeit selbst Sanktionen verhängt haben (kein Autor 2021p; übersetzt mit DeepL).

#### Ursachenzuschreibung

Obóz rządzący zdaje się sądzić, że emocje i napięcia związane z hasłem: stan wyjątkowy będą mu służyć, że odwrócą uwagę od szalejących cen, afer, porażek w walce z pandemią i sytuacji w ochronie zdrowia. Skądinąd rząd pozostał głuchy na postulaty wprowadzenia stanu klęski żywiołowej, gdy umierały tysiące ludzi, karetki czekały w kolejkach do szpitali, a życie społeczne i gospodarcze podlegało całkowitej blokadzie.

Das herrschende Lager scheint zu glauben, dass die mit dem Schlagwort "Ausnahmezustand" verbundenen Emotionen und Spannungen ihm gute Dienste leisten und die Aufmerksamkeit von den steigenden Preisen, den Skandalen, den Versäumnissen bei der Pandemiebekämpfung und der Situation im Gesundheitswesen ablenken werden. Im Übrigen stellte sich die Regierung taub gegenüber dem Ruf nach einer Naturkatastrophe, als Tausende von Menschen starben, Krankenwagen vor den Krankenhäusern Schlange standen und das soziale und wirtschaftliche Leben völlig blockiert war (kein Autor 2021p; übersetzt mit DeepL).

#### Sicherheitsframe:

#### **Problem definition**

Nie pozwolimy na to, aby Polska była kolejnym szlakiem masowego przerzucania nielegalnych migrantów na teren Unii Europejskiej. Nie pozwolimy, żeby bezpieczeństwo naszych obywateli, a szczególnie bezpieczeństwo naszych obywateli mieszkających nad granica z Białorusią było narażone na szwank. Te działania służą zapewnieniu bezpieczeństwa na Polskiej granicy, integralności polskiej granicy, do czego zobowiązuje nas konstytucja, jak również bezpieczeństwa obywateli, którzy nad granica mieszkają, którzy mogą być narażeni na sytuacje dla nich niebezpieczne, a na pewno budzące ich głęboki niepokój.

Wir werden nicht zulassen, dass Polen zu einer weiteren Route für illegale Migranten wird, die durch die Europäische Union geschleust werden. Wir werden nicht zulassen, dass die Sicherheit unserer Bürger und insbesondere die Sicherheit unserer Bürger an der Grenze zu Belarus gefährdet wird. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit der polnischen Grenze, der Unversehrtheit der polnischen Grenze, an die wir durch die Verfassung gebunden sind, sowie der Sicherheit der Bürger, die an der Grenze leben und die Situationen ausgesetzt sein können, die für sie gefährlich sind und die ihnen sicherlich große Sorgen bereiten (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021a, September 02, übersetzt mit DeepL).

## Handlungsempfehlung

"Na granicy z Białorusią powstanie nowy, solidny płot o wysokości 2,5 m. Więcej żołnierzy będzie zaangażowanych w pomoc Straży Granicznej. Wkrótce przedstawię szczegóły dotyczące dalszego zaangażowania Sił Zbrojnych RP" - napisał na Twitterze szef MON Mariusz Błaszczak.

"An der Grenze zu Weißrussland wird ein neuer, solider 2,5 m hoher Zaun errichtet. Zur Unterstützung des Grenzschutzes werden mehr Soldaten herangezogen. Ich werde in Kürze Einzelheiten über die weitere Beteiligung der polnischen Streitkräfte vorlegen". - MON-Chef Mariusz Blaszczak schrieb auf Twitter (Popławski 2021b, übersetzt mit DeepL).

#### **Moralische Bewertung**

Strzeżenie tych granic powinno być czymś absolutnie oczywistym, powinno być oparte na konsensusie politycznym, na konsensusie wszystkich sił politycznych, bo dziś na tej scenie, która

jest ustawiona niedaleko Usnarza Górnego, przy granicy Polski z Białorusią, na tej scenie, która ustawiona jest przez architektów z Mińska i z Moskwy, wy odgrywacie rolę oklaskiwaną właśnie w Moskwie i w Mińsku.

Die Bewachung dieser Grenzen sollte etwas ganz Selbstverständliches sein, sie sollte auf einem politischen Konsens beruhen, auf dem Konsens aller politischen Kräfte, denn heute, auf dieser Bühne, die in der Nähe von Usnarz Górny, nahe der polnischen Grenze zu Weißrussland, aufgebaut ist, auf dieser Bühne die von Architekten aus Minsk und und Moskau, spielen Sie eine Rolle, die genauso beklatscht wird in Moskau und in Minsk (kein Autor 2021p; übersetzt mit DeepL).

Osoby, które usiłują forsować nasza granice, w żaden sposób nie są zagrożone na Białorusi, przebywają tam całkowicie legalnie. Są tam tak naprawdę zapraszane przez reżim Łukaszenki i używane przez niego jako broń, jako amunicja wyłącznie ze względów politycznych.

Die Menschen, die versuchen, unsere Grenzen zu überwinden, sind in Weißrussland in keiner Weise bedroht, sie sind völlig legal dort. Sie werden nämlich vom Lukaschenko-Regime dorthin eingeladen und von diesem als Waffen, als Munition, aus rein politischen Gründen eingesetzt (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021d, September 27).

#### Ursachenzuschreibung

Reżim Łukaszenki w odwecie za postawę naszych władz, za postawę władz litewskich, łotewskich ale również za działania Unii Europejskiej w odwecie chce wrócić do sytuacji z roku 2015.

Das Lukaschenko-Regime will als Vergeltung für die Haltung unserer Behörden, der litauischen und lettischen Behörden und auch für die Maßnahmen der Europäischen Union zu der Situation von 2015 zurückkehren (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji 2021a, September 02; übersetzt mit DeepL).

## Vollständiges Kategoriensystem

# Nicht politisches Frame (humanitäres Frame):

## **Problem definition**

- Migranten stellen keine reale Gefahr dar
- Migranten sind in eine Notlage an der Grenze geraten
- Pushbacks an der polnischen Grenze
- Humanitäre Hilfe durch Belarus blockiert (humanitärer Transport)
- Gesundheitszustand/Todesfälle an der Grenze
- Blockieren der Hilfe von Ehrenamtlichen durch den Grenzschutz

## Empfohlene Maßnahmen

- Aufnahme von den Flüchtlingen
- Asylverfahren an der Grenze
- Hilfe in Gestalt von Essen/Wasser/Decken/Zelten etc.

## **Moralische Bewertung**

- Aufnahme/Hilfe als einzige menschliche Reaktion
- Moralische Inkonsistenz -Flüchtlinge aus Afghanistan wurden aufgenommen
- Tod an der Grenze moralisch nicht vertretbar

## Ursachenzuschreibung

- Flucht von Kriegsgebieten
- Suche nach besserem Leben

#### **Politisches Frame**

## **Problem definition**

- Betriebe werden vom Ausnahmezustand betroffen
- Kein Zugang zum Grenzgebiet für Journalisten/Politiker
- Keine ausreichenden Gründe für den Ausnahmezustand
- Keine politische Debatte mit der Opposition zur Einführung des Ausnahmezustands

## Empfohlene Maßnahmen

- Hilfe von der EU/Frontex/NATO
- UN soll Belarus Auffordern Hilfe zu leisten
- Kampagne an die Herkunftsländer der Migranten starten, um die Einreise zu verhindern
- Eine Senat Kommission berufen
- Gespräche mit Opposition
- Neue Migrationspolitik der EU
- Ermöglichung der Berichterstattung durch Medien während des Ausnahmezustands
- Großzügige Zahlungen an Betriebe, die vom Ausnahmezustand betroffen sind

## **Moralische Bewertung**

- Maßnahmen der polnischen Regierung werden von der EU Kommission unterstützt
- Internationales Recht, Konventionen sowie nationales Rechte werden im Grenzgebiet gebrochen
- Belarus verpflichtet Hilfe zu leisten

#### Ursachenzuschreibung

• Die Maßnahmen durch den politischen Nutzen der PiS Regierung verursacht

#### **Sicherheit Frame**

## **Problem definition**

- Sicherheit des Landes
- Grenzdichtigkeit
- Illegale Migration/Menschenschmuggel
- Destabilisation des Landes
- Hybride Angriffe
- Terrorismus, Kriminalität

## Empfohlene Maßnahmen

- Ausnahmezustand/Begrenzter Zugang zum Grenzgebiet
- Geschlossene Anstalten für Migranten
- Gegenwirken den Kritikern des Ausnahmezustands
- Mehr Grenzschützer/Beamte an der Grenze
- Zaunbau

## **Moralische Bewertung**

- Recht auf Selbstbestimmung (Staatsethik)
- Migranten nur als Hilfsbedürftig dargestellt/Ausnutzung dieses Images durch Lukashenko
- Humanitäre Aktionen/Arbeit von Journalisten/Arbeit der Opposition an der Grenze hilft dem Plan von Lukashenko
- Belarus hat die humanitäre Hilfe von Polen abgeschlagen

# Ursachenzuschreibung

- Lukashenkos Regime
- Russland/Protektoren von Lukashenko

## 7.2 Transkriptionen der Pressekonferenzen vom 31.08, 02.09 und 27.09.2021

## Konferenz vom 31.08.2021 (übersetzt mit DeepL)

Onet News. (2021, August 31). Konferencja prasowa premiera Morawieckiego oraz ministrów Niedzielskiego i Kamińskiego. YouTube. Online abgerufen unter: (563) Konferencja prasowa premiera Morawieckiego oraz ministrów Niedzielskiego i Kamińskiego - YouTube (aufgerufen am 10.Juni 2022).

## 13:34 - Beginn der Konferenz

M. Morawiecki: Ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren, wir sind in erster Linie für die Sicherheit der polnischen Bürger verantwortlich. Wir sind für die Dichtheit unserer Grenze verantwortlich. Verhinderung der illegalen Migration, des Schmuggels und aller Versuche, die polnische Situation sowohl an der Grenze als auch auf dem Gebiet der Republik Polen im Allgemeinen zu destabilisieren. Die Lage an der Grenze zu Weißrussland ist nach wie vor krisenhaft und angespannt, was darauf zurückzuführen ist, dass das Regime von Herrn Lukaschenko beschlossen hat, Menschen aus dem Irak, vor allem irakische Staatsbürger, auf weißrussisches Gebiet zu bringen. Sie hat beschlossen, diese Menschen auf polnisches, litauisches und lettisches Gebiet zu drängen, um ein destabilisierendes Element in das Gebiet unserer Länder einzubringen.

Daher hat der Ministerrat heute beschlossen, den Präsidenten zu ersuchen, für das Grenzgebiet, d. h. für einen Teil der Woiwodschaft Podlasie und einen Teil der Woiwodschaft Lubelskie, für einen Zeitraum von 30 Tagen den Ausnahmezustand zu verhängen. Das bedeutet, dass es nur einen Katalog bestimmter möglicher Maßnahmen im Zusammenhang mit dem normalen Funktionieren geben wird, und für einen Zeitraum von 30 Tagen werden wir so in der Lage sein, die Qualität der Dichtheit unserer Grenze besser zu gewährleisten und einfach die aggressiven Aktionen und Provokationen zu verhindern, die vom Regime von Herrn Lukaschenko ständig durchgeführt und sogar noch verstärkt werden. Es ist erwähnenswert, dass auch Litauen und Lettland solche Regelungen, solche angemessenen Regelungen über den Ausnahmezustand eingeführt haben, denn wir müssen diese aggressiven hybriden Aktionen stoppen, die nach dem in Minsk geschriebenen Szenario und von den Protektoren von Herrn Lukaschenko durchgeführt werden, daher haben wir

beschlossen, Herrn Präsidenten eine solche Lösung vorzuschlagen, um die Sicherheit unserer Ostgrenze zu erhöhen.

**Moderator:** Vielen Dank, Herr Premierminister. Ich möchte den Minister für Inneres und Verwaltung, Herrn Mariusz Kamiński, bitten, das Wort zu ergreifen.

Mariusz Kamiński: Meine Damen und Herren, wie vom Premierminister erwähnt, hat der Ministerrat einen Beschluss über die Verhängung des Ausnahmezustands über einen schmalen Landstreifen direkt an der Grenze zu Belarus gefasst. Dieser Gürtel wird 115 Städte in Podlasie und 68 Städte in der Woiwodschaft Lubelskie umfassen. Ich betone absichtlich Städte, nicht Gemeinden. Es handelt sich nicht um Gemeinden, sondern um einen schmalen Streifen von Städten direkt an der Grenze. Gemäß den Bestimmungen über die Verhängung des Ausnahmezustands werden dort Beschränkungen in Kraft sein. Heute wird der Beschluss an den Präsidenten weitergeleitet, und sobald der Präsident sein Dekret unterzeichnet, wird der Ausnahmezustand mit sofortiger Wirkung verhängt, wenn er entscheidet, dass die Umstände für die Verhängung des Ausnahmezustands rational und gerechtfertigt sind. Weitere Entwürfe, die natürlich bereits vorbereitet sind, werden dann in Form von Verordnungen des Ministerrats herauskommen, in denen die mit dieser Gesetzgebung eingeführten Beschränkungen sehr detailliert beschrieben werden. Ich möchte die Bewohner der Grenzstädte beruhigen. Sie beeinträchtigen in keiner Weise Ihr Berufsleben oder die Möglichkeit, in diesen Gebieten frei einer Tätigkeit nachzugehen, z. B. in der Landwirtschaft. Diese Beschränkungen werden die ständigen Bewohner dieser Orte nur in geringem Maße betreffen. Sie werden jedoch erhebliche Einschränkungen für Außenstehende mit sich bringen. Für Menschen, die in diesem Gebiet fremd sind und sich in diesen Orten bewegen möchten. Der Grenzschutz, die polnische Armee und die Polizei, die im Grenzgebiet für Ordnung sorgen werden, müssen über Instrumente verfügen, die ein wirksames Handeln ermöglichen. In diesem Grenzstreifen können keine Ausflüge, keine Veranstaltungen und keine Demonstrationen organisiert werden.

Meine Damen und Herren, warum haben wir uns entschlossen, diese Rechtsvorschriften einzuführen? Es ist keine leichte Entscheidung, und es ist wahrscheinlich das erste Kriegsrecht in der Geschichte des freien Polens nach 1990, denn früher gab es keine Notwendigkeit und keinen Anlass, es einzuführen. Erstens, die Krise, ich meine, sie hängt offensichtlich mit der Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze zusammen. Erstens: die Zahl der Versuche, die Grenze illegal zu

überschreiten. Allein im August haben rund 3 000 Personen versucht, illegal in das Hoheitsgebiet der Republik Polen einzureisen. Dies geschah auch auf dem Gebiet der Europäischen Union, da die Grenze zu Belarus eine Außengrenze der Europäischen Union ist. Die überwiegende Mehrheit dieser Versuche wurde von Beamten und Soldaten des Grenzschutzes verhindert. Einige der Personen, die etwas weiter vom Grenzstreifen entfernt aufgegriffen wurden, werden in geschlossenen Lagern festgehalten. Im Prinzip ist es für niemanden möglich, erfolgreich in den polnischen Staat und in die Europäische Union einzureisen.

Meine Damen und Herren, wir beobachten die Aktivitäten des Lukaschenko-Regimes sehr genau. Unsere Dienststellen haben in den letzten Wochen rund 40 Neuankömmlinge aus Bagdad in Minsk identifiziert, da, wie der Premierminister betonte, die Hauptgruppe der Flüchtlinge, die den Weg zur polnisch-weißrussischen Grenze gefunden haben, irakische Staatsbürger sind. Nach Schätzungen unserer Dienststellen wurden in den letzten Wochen rund 10 000 Iraker nach Minsk und Weißrussland transportiert und haben die polnische, die litauische und die lettische Grenze erreicht. Darüber hinaus stammt ein erheblicher Teil der Flüchtlinge, die an unseren Grenzen aufgetaucht sind, aus der Türkei, und vor kurzem hat das Lukaschenko-Regime regelmäßige Flüge aus dem Libanon aufgenommen. Im Libanon gibt es eine große Anzahl von Flüchtlingen, hauptsächlich aus Syrien. Wir beobachten die Aktivitäten des Regimes, und wir wissen, dass Gespräche mit Pakistan, Marokko und Katar über die Aufnahme belarussischer Fluggesellschaften geführt werden. Dies sind riesige Reservoirs von potenziellen Flüchtlingen, illegalen Flüchtlingen auf dem Gebiet der Europäischen Union. Wir müssen sehr entschlossen sein, uns der verschiedenen menschlichen Geschichten bewusst sein, aber wir sind an die nationalen ethischen Grundsätze gebunden. Wir müssen dem verantwortungsvoll und entschlossen Einhalt gebieten. Ich verstehe die Besorgnis einiger Bürger über die Situation der Flüchtlinge, die sich an der polnischen Grenze wiedergefunden haben. Ich verstehe das Mitgefühl für die Menschen in Usnarz. Wir verstehen das sehr gut. Meine Damen und Herren, wir dürfen keine Präzedenzfälle schaffen. Wenn wir eine Gruppe von Flüchtlingen illegal in unser Land lassen, werden wir nicht nur einen Usnarz, sondern viele, viele solcher Usnarz über die Grenze bringen. Das wird auch diesen Menschen Leid zufügen, aber ich möchte Ihnen auch sagen, dass ein riesiges Flüchtlingsreservoir, das bereits an der polnischen Grenze zu sehen ist, aus Bürgern verschiedener Länder besteht, die sich in Russland befinden. Sie kommen auch aus Russland. Unter anderem in dieser Gruppe aus Usnarz wurden zumindest einige Flüchtlinge identifiziert, die aus Russland an die polnische Grenze gekommen sind. Darüber hinaus hält sich mindestens eine dieser Personen seit mehreren Jahren in Russland auf, nachdem sie vor einigen Jahren in einem Land der Europäischen Union eine Aufenthaltsgenehmigung aus Moskau beantragt hatte, die von diesem Land abgelehnt wurde.

Bitte verstehen Sie uns also. Wir müssen verantwortungsbewusst handeln, und wir versuchen, humanitäre Hilfe zu organisieren, wo immer dies möglich ist. Ich möchte noch einmal kurz auf den Fall Usnarz zurückkommen, denn dies ist ein Punkt, der für viele unserer Bürger sehr heikel ist, und wir verstehen das. Für Lukaschenko ist dies jedoch ein wesentlicher Punkt. Meine Damen und Herren, diese Flüchtlinge leiden wirklich nicht an Hunger. Die Mahlzeiten werden regelmäßig von belarussischen Diensten geliefert, und das können wir sehen. Unsere Wachleute sehen das, sie zeichnen auch diese Szenen auf, und es werden auch warme Mahlzeiten dorthin geliefert. Dies ist ein Versuch, mit unseren Gefühlen zu spielen, mit unseren menschlichen Gefühlen. Sie zwingen uns, die Norm zu brechen. Wir lassen 30 Leute rein, und im nächsten Moment werden es 300 sein, und im nächsten Moment werden es 3000 und 30000 sein. Das Potenzial für unglückliche und arme Menschen in der ganzen Welt ist sehr groß. Wenn wir unsere Grenzen öffnen, werden wir Hunderttausende von Flüchtlingen in der gesamten Europäischen Union haben. Niemand in der Europäischen Union will das. Es gibt verschiedene Verfahren, und diese Flüchtlinge aus Usnarz können sich auch an unser Konsulat in Grodno oder an unsere Botschaft in Minsk wenden. Dort werden sie ihre Bewerbungen einreichen, die dann sorgfältig geprüft werden. Niemand zwingt sie, dort zu kampieren. Es steht ihnen frei zu gehen. Das war's dann aber auch schon mit Usnarz.

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, Sie können das Gefahrenpotenzial erkennen. Das ist keine Einbildung, und wir spielen hier keine Politik, sondern wir treffen rationale, staatliche Entscheidungen, und zwar aus europäischer und nicht nur aus polnischer Sicht. Dies ist jedoch der wichtigste Gesichtspunkt für uns. Die zweite Sache, auf die ich Sie aufmerksam machen muss, und ich spreche von der öffentlichen Meinung, ich spreche zu Ihnen, den Journalisten. Am 10. September beginnt die aktive Phase der von der russischen Armee organisierten sehr großen Militärmanöver. Nach offiziellen Angaben werden rund 200 000 russische Soldaten an diesen Manövern teilnehmen. Auch in Weißrussland wird es ein Element dieser Manöver geben. Offiziellen Erklärungen dieser Länder zufolge werden in wenigen Tagen mindestens mehrere Tausend belarussische und mehrere Tausend russische Soldaten an den Manövern direkt an unserer Grenze, vor allem im Raum Brest, teilnehmen. Wir müssen mit Provokationen verschiedener Art

rechnen. Es geht um die Sicherheit unserer Einwohner, die jenseits der Grenze leben. Es geht auch um die Sicherheit aller Arten von Menschen, die aus Naivität, Verantwortungslosigkeit oder vielleicht aus anderen zynischen Motiven heraus alle möglichen unverantwortlichen, unerhörten Handlungen an der Grenze begehen, wie die Zerstörung von Grenzanlagen oder die Annäherung an die Grenze selbst.

Meine Damen und Herren, jeder Grenzübertritt, egal ob es sich um einen Freiwilligen, einen Flüchtling oder einen Offizier der polnischen Streitkräfte handelt, kann in einer Tragödie enden. Wir sind keine Bedrohung, wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. Jeder minimale Grenzübertritt, jeder Grenzzwischenfall kann in einer Tragödie enden. Wir haben Leute auf der anderen Seite, russische und belarussische Soldaten, die jeden rücksichtslosen Befehl ausführen werden. Deshalb müssen wir als verantwortungsvolle Regierung dafür sorgen, dass für den nächsten Monat der Ausnahmezustand gilt. Wir wollen zumindest diesen Zeitraum von Zapad sichern. Wir glauben, dass unsere verschiedenen Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Lage an der Grenze führen werden. Aber dieser Monat muss sicher sein. Ich appelliere auch an das Verständnis aller. Wir tun dies für Ihre Sicherheit, für die Sicherheit der Bewohner der Grenzstädte. Und an alle anderen Menschen, die sich mit diesem Thema befassen. Verstehen Sie wirklich, dass die Situation sehr angespannt sein kann, und das soll Ihnen keine Angst machen. Seien Sie gewarnt: In den kommenden Tagen werden viele gefährliche Menschen mit Waffen auf der anderen Seite der Grenze sein. Daher die Rechtfertigung des Kriegsrechts, des Ausnahmezustands, Entschuldigung. Es handelt sich nicht um Kriegsrecht, sondern um einen Ausnahmezustand.

**Moderator:** Vielen Dank, Herr Minister. Das zweite Thema - das Projekt des Krankenhausmodernisierungsfonds. (...)

#### Konferenz vom 02.09.2021 – Redner Mariusz Kamiński (übersetzt mit DeepL)

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021a, September 02). Mariusz Kamiński o wprowadzeniu stanu wyjątkowego w miejscowościach przy granicy polsko-białoruskiej. YouTube. Online abgerufen unter: (563) Mariusz Kamiński o wprowadzeniu stanu wyjątkowego w miejscowościach przy granicy polsko-białoruskiej - YouTube (aufgerufen am 10.Juni 2022).

Mariusz Kamiński: Guten Morgen und herzlich willkommen zu unserer Pressekonferenz. Wie Sie wissen, hat der Präsident soeben ein Dekret unterzeichnet, mit dem der Ausnahmezustand für

115 Ortschaften in der Woiwodschaft Podlachien und 68 Ortschaften in der Woiwodschaft Lubelskie verhängt wurde. Ich betone bewusst, dass es sich um Städte, nicht um Gemeinden und nicht um Bezirke handelt. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass es sich um einen Streifen von etwa drei Kilometern entlang der gesamten Grenze zu Belarus handeln wird. Gleich nach der Veröffentlichung des Präsidialdekrets im Amtsblatt werden wir das Verfahren zum Erlass eines Dekrets des Ministerrats einleiten, in dem die Umsetzung des Präsidialdekrets und die sich aus der Entscheidung des Präsidenten ergebenden Beschränkungen und Anordnungen im Einzelnen festgelegt werden.

Ich möchte Ihnen und der Öffentlichkeit versichern, dass wir verhältnismäßig, der Situation angemessen und, wo nötig, entschlossen handeln. Die Maßnahmen, um die wir den Präsidenten gebeten haben und die sich aus der Verordnung ergeben werden, die wir als Ministerrat in Kürze erlassen werden, sind gut durchdacht, und ich denke, dass sie zur Stabilisierung der Lage an der Grenze zu Belarus beitragen werden. Seit einigen Wochen haben wir es mit einer tiefen Migrationskrise an der gesamten Grenze zu Belarus zu tun. Diese Krise ist einer der Hauptgründe für den Erlass dieser Verordnung über die Einführung des Ausnahmezustands in diesem Bereich. Diese Krise hat rein politische Ursachen. In Weißrussland oder in seiner Umgebung herrscht kein Bürgerkrieg, der es rechtfertigen würde, dass Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt Hilfe suchen. Es ist anders. Das Lukaschenko-Regime will als Vergeltung für die Haltung unserer Behörden, der litauischen und lettischen Behörden, aber auch für die Maßnahmen der Europäischen Union, zur Situation von 2015 zurückkehren. Wir, wir als Bürger, wir als Politiker, erinnern uns an 2015, wir erinnern uns an die Hunderttausende von Unglücklichen, die aus der ganzen Welt in die Europäische Union gestürmt sind. Lukaschenko will dies wiederholen.

Meine Damen und Herren, das Problem, über das wir hier sprechen, betrifft in keiner Weise die 30 Personen, die sich auf der anderen Seite der Grenze im Dorf Usnarz Górny befinden. Dies ist nur die Spitze des Eisbergs, den Herr Lukaschenko für uns schaffen möchte. Wir werden nicht zulassen, dass Polen zu einer weiteren Route für die Massenbewegung illegaler Migranten in die Europäische Union wird. Wir werden nicht zulassen, dass die Sicherheit unserer Bürger, insbesondere derjenigen, die jenseits der Grenze zu Belarus leben, gefährdet wird. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit der polnischen Grenze, der Unversehrtheit der polnischen Grenze, an die wir durch die Verfassung gebunden sind, sowie der Sicherheit der Bürger, die

jenseits der Grenze leben und den Situationen ausgesetzt sein können, die für sie gefährlich sind und die ihnen sicherlich große Sorgen bereiten.

Der zweite Grund, warum wir in diesem Gebiet den Ausnahmezustand verhängen, sind die Militärübungen, die großen Militärmanöver, die an unserer Ostgrenze stattfinden. Der aktive Teil dieser Übungen wird am 10. September beginnen. An dieser Übung, einer der größten Übungen der russischen Armee seit vielen Jahren, werden 200 000 Soldaten teilnehmen. Ein wichtiges Element der Manöver, die die russische Armee in diesen Tagen an unserer Ostgrenze abhalten wird, sind Manöver, die direkt in Weißrussland stattfinden werden, und ich möchte das sehr stark betonen - direkt an unserer Grenze. Wir kennen die Szenarien für diese Manöver, und wir wissen, dass ein großer Teil dieser Übungen in der Nähe von Brest und Grodno stattfinden wird, das drei Kilometer von der polnischen Grenze entfernt ist. Wir wissen auch, dass Szenarien geprobt werden, an denen belarussische und russische Spezialkräfte beteiligt sind und die die Infiltration von Sabotagegruppen von polnischem Territorium nach Belarus betreffen. Wir wissen, dass es auf der anderen Seite der Grenze sehr emotionale Menschen gibt, die bereit sind, alle möglichen emotionalen, unüberlegten und radikalen Entscheidungen zu treffen. Wir müssen auf jedes Szenario von Ereignissen, auf jede Grenzprovokation vorbereitet sein. Wir müssen als Land das Gefühl haben, dass unsere Ostgrenze auf alle möglichen Eventualitäten gut vorbereitet ist. Daher die große Anzahl von Soldaten, die große Anzahl von Grenzschutzbeamten und die große Anzahl von Polizeibeamten. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe.

Welches Ziel wollen wir erreichen, meine Damen und Herren? Indem wir uns so wenig wie möglich in das Leben der Bewohner dieser Gebiete einmischen, wollen wir erreichen, dass unsere Offiziere und Soldaten unter diesen sehr schwierigen Bedingungen und in einer sehr angespannten internationalen Atmosphäre frei operieren können. Wir wollen, dass sich in diesem Gebiet unmittelbar an der Grenze keine Menschen aufhalten, die keine Berechtigung haben, sich dort aufzuhalten. Wir müssen bestimmte Formen des gesellschaftlichen Lebens wie öffentliche Versammlungen und Massenveranstaltungen für 30 Tage aussetzen. Wir verhängen Beschränkungen, damit diejenigen, die dort dauerhaft leben und arbeiten, so normal wie möglich bleiben und arbeiten können, mit minimalen Einschränkungen ihrer Bürgerrechte.

Ich möchte Ihnen auch mitteilen, dass wir heute eine lange Konferenz abgehalten haben. Ich spreche von der Leitung des Innenministeriums, dem Oberkommandierenden des Grenzschutzes

und dem Oberkommandierenden der Polizei sowie von Vertretern aller lokalen Regierungen der Grenzstädte. Mehrere Dutzend Ortsvorsteher, Bürgermeister und Oberbürgermeister der Grenzbezirke nahmen an dieser Telefonkonferenz teil. Wir haben ihnen die Annahmen der Verordnung vorgestellt, die heute erlassen wird. Ich denke, und das ist meine Meinung, die aber durch den Verlauf des Treffens bestätigt wurde, dass diese führenden Persönlichkeiten, die lokalen Behörden, die Führer der öffentlichen Meinung, die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen beabsichtigt, mit großem Verständnis und Akzeptanz angenommen haben. Mit der Akzeptanz, die nach Ansicht des Innenministeriums, nach Ansicht der Grenzschutzbeamten, Soldaten, die den Bewohnern dieser Ortschaften täglich begegnen. Diese Maßnahmen werden absolut verständnisvoll akzeptiert, und die Bewohner dieser Gebiete wissen, dass es unter anderem um ihre unmittelbare Sicherheit geht.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass Minister Wasik Ihnen gleich detaillierte Annahmen zu der Verordnung vorlegen wird, die heute verabschiedet wird und heute in Kraft tritt. Ich bin überzeugt, dass diese Maßnahmen vernünftig, angemessen und der Bedrohung angemessen sind. Wir sind nicht hysterisch, radikalisieren nicht und machen keine Angst. Die Fakten sind so, wie ich sie dargestellt habe. Die Situation ist in der Tat gefährlich, und wir müssen uns richtig darauf vorbereiten, wir müssen über die richtigen Instrumente verfügen, und diese Verordnung des Präsidenten und die Verordnung, die der Ministerrat in Kürze erlassen wird und die heute in Kraft treten wird, geben uns solche Instrumente. In dieser Zeit wollen wir die Lage an unserer Grenze zu Weißrussland stabilisieren und dem Lukaschenko-Regime durch konsequentes Handeln zeigen, dass die Methoden, die es gegen uns, unser Land, unsere Bürger und die Europäische Union einsetzen will, völlig wirkungslos sind. Wir müssen zeigen, dass wir als Staat hart, effektiv und effizient sind. Das ist die Voraussetzung für die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger. Ich danke Ihnen.

# Pressekonferenz vom 27.09.2021 – Die Redner sind Mariusz Kamiński und Stanisław Żaryn (Übersetzt mit DeepL)

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji. (2021d, September 27). Mariusz Kamiński o prowokacjach służb białoruskich i migrantach na granicy wschodniej. YouTube. Online abgerufen

unter: (563) Mariusz Kamiński o prowokacjach służb białoruskich i migrantach na granicy wschodniej - YouTube (aufgerufen am 10.Juni 2022).

Mariusz Kamiński: Meine Damen und Herren, wir werden heute über die reale Situation an unserer Ostgrenze, an der polnisch-weißrussischen Grenze, sprechen. Die Lage ist äußerst angespannt, es gibt eine Reihe von provokativen Zwischenfällen, an denen uniformierte Beamte der belarussischen Dienste beteiligt sind, und Versuche, die Integrität unserer Grenze massenhaft zu verletzen. Wir haben es mit einem äußerst schwerwiegenden Phänomen zu tun, und wir sprechen hier nicht von irgendwelchen Flüchtlingsbewegungen, sondern von illegaler Massenmigration aus politischen Erwägungen. Die Menschen, die versuchen, mit Gewalt über unsere Grenzen zu gelangen, sind in Belarus in keiner Weise bedroht, sie halten sich dort völlig legal auf. Sie werden nämlich vom Lukaschenko-Regime dorthin eingeladen und von diesem als Waffen, als Munition, aus rein politischen Gründen eingesetzt. Das Ausmaß des Phänomens ist groß. Seit August gab es etwa 9400 Versuche, die polnische Grenze illegal zu überqueren. Im Falle von 8200 Versuchen wurde dies von unseren Grenzschutzbeamten und Soldaten im Grenzgebiet erfolgreich vereitelt. Wir haben etwa 1 200 aufgegriffene Flüchtlinge, pardon, illegale Einwanderer. Ich komme selbst manchmal durcheinander, aber es ist wirklich wichtig, diese Unterscheidung hier zu treffen. Wir haben etwa 1200 illegale Migranten in bewachten Zentren inhaftiert. Viele von ihnen haben keine Papiere, viele haben gefälschte Papiere, und sie werden von unseren Diensten akribisch auf ihre wirkliche Identität, ihre wirklichen Biografien hin untersucht, um zu prüfen, ob sie eine Gefahr für die Sicherheit unseres Staates und unserer Bürger darstellen.

Wir werden Ihnen heute eine - wie ich meine - aussagekräftige Präsentation vorlegen, die unseren Bürgern, der Öffentlichkeit, vor Augen führen wird, mit welchem Phänomen wir es zu tun haben. Es geht nicht darum, irgendjemanden zu stigmatisieren, meine Damen und Herren, es geht um Fakten, die wir Ihnen präsentieren wollen, um Ihnen die reale Situation an der Grenze aufzuzeigen. Wir haben erste Erkenntnisse, die so wichtig sind, dass es unsere Pflicht ist und sein muss, diese Erkenntnisse mit der Öffentlichkeit zu teilen, auch über das provozierende Verhalten der uniformierten belarussischen Dienste, das in den letzten Wochen fast täglich zu beobachten war.

Ich möchte Herrn Stanisław Żaryn, den Direktor des Ministeriums für Nationale Sicherheit, bitten, eine Analyse der Arbeit der nachgeordneten Dienststellen in Bezug auf die Personen vorzulegen, die sich bereits auf dem Territorium unseres Landes befinden, die in Gewahrsam genommen

wurden, und es gibt viele Anzeichen dafür, dass wir in vielen dieser Fälle sofort die Staatsanwaltschaft informieren und eine Untersuchung einleiten müssen.

Stanisław Żaryn: Meine Damen und Herren, bisher wurden die Identität und der Weg nach Polen von mehreren hundert illegalen Migranten, die sich in Grenzschutzzentren aufhalten, überprüft. Auf der Grundlage vorläufiger Informationen wurden 2/3 der überprüften Personen zu einem vertieften Überprüfungsverfahren überwiesen, da die vorliegenden Informationen bereits auf eine Bedrohung der Sicherheit der Republik Polen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt dieser Personen in unserem Hoheitsgebiet hindeuten. Derzeit weisen die Informationen über jede vierte untersuchte Person auf deren gefährliche Verbindungen und Beteiligung an illegalen Praktiken hin. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass jede zehnte Person möglicherweise Verbindungen zu terroristischen Organisationen, Straftaten, Menschenschmuggel sowie Urkunden- und Dokumentenfälschung hat. Es wurde auch Material gefunden, das auf Kampferfahrung oder eine Ausbildung im Umgang mit Waffen hinweist. Einige der untersuchten Personen waren in der Vergangenheit mit verschiedenen Arten von uniformierten Strukturen oder militärischen Milizen in Verbindung gebracht worden. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Zwanzig Prozent der befragten Personen hatten - oft langfristige - Verbindungen zum Gebiet der Russischen Föderation. Bei der Kontaktaufnahme mit polnischen Beamten und in den von ihnen aufgenommenen Zeugenaussagen verschweigen einige Personen diese Tatsache. Sie versuchen, sich selbst davon zu überzeugen, dass sie nichts mit Russland zu tun haben. Dokumente und Beweise widersprechen ihren Behauptungen. Während der Verhöre unternehmen Migranten verschiedene Versuche, ihre Identität zu verschleiern und Informationen zu verheimlichen, die für sie unangenehm sind. Sie versuchen auch, den Inhalt von Datenträgern, die sie bei sich haben, zu löschen. Die Dienststellen, die die Identität und Glaubwürdigkeit der in den bewachten Zentren inhaftierten Personen untersuchen, haben auch Hinweise auf Pädophilie und Zoophilie gefunden.

Bitte kommen Sie zur nächsten Folie. Wir werden Ihnen einige Beispiele für bisher ermittelte Besonderheiten zeigen. Der irakische Staatsbürger Husham M.H. ist die erste Person, auf die wir aufmerksam machen möchten. Er hatte Kontakte zu einer Person mit Verbindungen zum Islamischen Staat, er hatte Kontakte zu einer Person, die mit einem Sprengstoff- und Waffenspezialisten in Verbindung stand. Dieser Sprengstoffspezialist, ein Mitglied des Islamischen Staates, wurde 2021 auf dem Gebiet eines Landes der Europäischen Union

festgenommen. Hier ist eine bestimmte Telefonnummer, die als De-facto-Kontakt für den Kämpfer des Islamischen Staates identifiziert wurde, teilweise gelöscht. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Dies ist eines der Fotos von einer SD-Karte, die von polnischen Beamten auf einer der Migrationsrouten gefunden wurde. Es wird noch ermittelt, wer der Besitzer dieses Datenträgers sein könnte, aber es ist bereits bekannt, dass diese Karte eine Reihe von Fotos enthält, die, wie dieses Treffen, verschiedene terroristische Gruppen zeigen. Hier auf diesem Foto speziell der Palästinensische Islamische Dschihad. Eine der terroristischen Organisationen. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Bei den Fotos 3 und 4 handelt es sich um ein Foto, das von einem afghanischen Staatsangehörigen, Yousufi H., stammt. Die Fotos zeigen Hinrichtungen durch Enthauptung, das linke Foto, und auch die Leichen der Ermordeten. Derselbe afghanische Staatsangehörige hatte auch sehr viele Fotos von einem Waffenarsenal, darunter Maschinengewehre. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Das Foto zeigt den irakischen Staatsangehörigen Mohammed S. mit maskiertem Gesicht, der eine kugelsichere Weste und eine Waffe trägt. Vorläufige Informationen der Dienststellen deuten darauf hin, dass diese Person möglicherweise in informellen bewaffneten Gruppen aktiv gewesen ist. Bitte kommen Sie zur nächsten Folie.

Hier haben wir einen Beweis, eine von vielen ziemlich langen Verbindungen zwischen Migranten und russischem Gebiet, dies ist ein Screenshot einer Strecke in der Moskauer Metro. Die Daten stammen aus dem Gerät eines afghanischen Staatsbürgers, Badatchish S. Der Afghane hielt sich lange Zeit in der Russischen Föderation auf, bevor er über Weißrussland nach Polen einreiste. Den gesammelten Unterlagen zufolge wollte er nach Deutschland gehen. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Dies wiederum ist ein weiteres Beweisstück für die Verbindungen der Migranten zu Russland, ein Fragment eines Stadtplans von Moskau, das von dem afghanischen Staatsbürger Latif S. stammt. Dieser Ausländer hielt sich mindestens seit September 2020 in Russland auf, bevor er ebenfalls über die weißrussische Route nach Polen einreiste. Dies ist eine weitere Person, die über das russische Hoheitsgebiet nach Polen eingereist ist. Ich werde um ein weiteres Dia bitten.

Dies ist der afghanische Staatsbürger Azharulhag S. Er hat sich eine Woche vor seiner Festnahme in Polen vor dem Kreml fotografiert. Der Ausländer hatte sich in Russland aufgehalten, bevor er über Weißrussland nach Polen einreiste. Aus Dokumenten geht hervor, dass er sowohl Moskau als auch St. Petersburg besuchte. Als er von polnischen Beamten angesprochen wurde, versuchte er, seine wahre Identität zu verbergen. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Dies ist (Fußballfans werden dieses Foto wahrscheinlich wiedererkennen) eine Eintrittskarte für das letzte Spiel der Euro 2020. Das Foto stammt von dem Gerät eines irakischen Bürgers Jaafar M. H. A. Es zeigt eine Eintrittskarte für das Spiel Polen-Slowakei. Dieses Spiel fand in St. Petersburg statt. Nach den von den polnischen Diensten gesammelten Unterlagen hatte der Ausländer früher auch Verbindungen zu Russland. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Dies ist auch der russische Faden in der nächsten Migrationsroute. Das Bild zeigt den afghanischen Staatsangehörigen Ahmadi S., der im August festgenommen wurde. Der Ausländer hatte sich lange Zeit in der Russischen Föderation aufgehalten, bevor er über die weißrussische Route nach Polen einreiste. Dies ist eine weitere Person, die versucht hat, ihre wahre Identität vor den polnischen Diensten zu verbergen. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Auf dem Bild sehen wir einen afghanischen Staatsbürger, Mohammad R. T., der an einem russischen Militärkurs teilgenommen hat. Der Ausländer nahm im Juni dieses Jahres an einer Abschlussfeier eines militärischen Lehrgangs teil. Dieses Foto stammt aus dieser Zeit. Ich werde um ein weiteres Dia bitten.

Auf dem Foto ist ein afghanischer Staatsangehöriger, Mohammadi M. A, in Uniform und bewaffnet mit den afghanischen Sicherheitskräften, zu sehen. Dieser ausländische Staatsangehörige wurde im Juli 2021 in Polen festgenommen. Dies ist eine weitere Person, von der wir annehmen, dass sie sowohl eine Ausbildung als auch Kampferfahrung hat und weiß, wie man mit Waffen umgeht.

Das nächste Foto (ich bitte um das nächste Dia) zeigt einen irakischen Bürger, Rizgo K. H. Q., ebenfalls in taktischer Ausrüstung und Uniform. Dies ist ebenfalls eine Person mit Kampferfahrung, die geschickt mit Waffen umgeht. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Viele der befragten Personen sind Sympathisanten terroristischer Bewegungen und Gruppen. Hier geht es um Fotos von Männern in verschiedenen Uniformen. Diese Fotos stammen von dem Gerät eines afghanischen Staatsbürgers, Ahmad K.S. Er sammelte zahlreiche militärische Fotos, und die

Erkenntnisse der polnischen Dienste deuten darauf hin, dass er mit der Taliban-Bewegung sympathisiert. Ich werde um ein weiteres Dia bitten.

Hier ein Foto des Waffenlagers und eines der Fahrzeuge, die von den Tätern beschossen wurden. Das Foto aus dem Telefon eines irakischen Staatsangehörigen, Hasanain S.A., zeigt die Waffen, das beschossene Fahrzeug und anderes Material, das derselbe Mann gesammelt hat, sowie Videos von Anschlägen und verschiedenen Arten von Kämpfen, die von terroristischen Organisationen durchgeführt werden. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Die nächsten beiden Fotos, bzw. Fotopakete, zeigen, dass einige Personen möglicherweise mit der Fälschung von Dokumenten oder der Herstellung von Dokumenten in Verbindung stehen und auch an den Routen des Menschenhandels beteiligt sind. Hier haben wir Fotos eines afghanischen Staatsbürgers, Said M.H., die verschiedene Arten von falschen Ausweispapieren aus Polen, Deutschland, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Venezuela zeigen. Dies deutet darauf hin, dass dieser Mann möglicherweise an der Fälschung von Dokumenten und an der illegalen Migration beteiligt war. Die betreffende Person besaß mehrere tausend Fotos dieser Art. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Hier haben wir Fotos vom Telefon eines afghanischen Staatsangehörigen, Rahimi Z., und dies zeigt auch Beispiele für verschiedene Arten von Dokumenten, die er bei sich trug. Es handelte sich definitiv nicht um seine Dokumente, und das Dienstmaterial deutet darauf hin, dass er wahrscheinlich auch an der Fälschung von Dokumenten und der Organisation der illegalen Migration beteiligt war. Der Mann hat versucht, sein tatsächliches Geburtsdatum zu verbergen. Ich werde um das nächste Dia bitten.

Hier ist der afghanische Staatsangehörige Suliman S. zu sehen, der vermutlich bei der Einnahme von Betäubungsmitteln fotografiert wurde. Der Ausländer kam nach Polen, nachdem er zuvor in Moskau gelebt und studiert hatte. Dies ist eine weitere Person, die mit dem russischen Territorium verbunden ist. Die Erkenntnisse des Dienstes deuten auch darauf hin, dass der Mann mit einem hochrangigen Offizier des afghanischen Sicherheitsdienstes verwandt ist. Ich habe eingangs erwähnt, dass die Dienststellen auch Fotos identifiziert haben, die Informationen über Praktiken im Zusammenhang mit sexuellen Störungen enthalten. Wir haben uns entschlossen, diesen Faden auch in unserer Präsentation zu dokumentieren. Ich bitte um die nächste Folie.

Diese Bilder stammen von dem Gerät eines irakischen Staatsangehörigen, Hasanain S.A. Dieser Mann wurde bereits früher als Urheber einiger der hier gezeigten Fotos identifiziert. Der ausländische Staatsangehörige besaß zahlreiche Fotos, die auf sexuelle Störungen in Richtung Pädophilie hinweisen könnten. Und das letzte der Beispiele, das ebenfalls auf ein Verhalten hinweist, das mit sexuellen Störungen verbunden ist.

Fotos aus dem Gerät eines afghanischen Staatsbürgers, Sabrullah S. Der Ausländer hatte zahlreiches Material gesammelt, das auf sexuelle Störungen in Richtung Pädophilie und Zoophilie hindeutet, und war ein Anhänger der Taliban, wodurch die Dienste ihn identifizierten. Er kam über die Balkanroute nach Weißrussland nach Polen. Herr Minister, ich danke Ihnen, ich habe meinen Vortrag beendet.

Mariusz Kamiński: Die Materialien, die Sie gesehen haben, betreffen 50 Personen. Einige dieser Materialien wurden in den Telefonen zerstört, sie wurden von unseren Diensten wiederhergestellt. Einige dieser Personen verheimlichten ihre Identität, wie ich betonen möchte, oder verwendeten falsche Dokumente. In erster Linie untersuchten unsere Dienststellen Personen, die auf diese Weise in unsere Haftanstalten kamen. Diese Prüfungen betrafen eine Gruppe von etwa 200 Personen. Mit anderen Worten, von einer Gruppe von 200 Personen wurde bei 50 von ihnen Material dieser Art gefunden, das auf Radikalismus hindeutet, das zeigt, dass es sich um junge Menschen handelt, die im Kampf ausgebildet wurden und an verschiedenen Arten von Formationen im Nahen Osten, bewaffneten Formationen, teilgenommen haben. Für einige dieser Personen haben wir direkte Beweise, dass sie entweder mit den Taliban oder dem Islamischen Staat in Verbindung stehen, oder eine dieser Personen steht in direkter Verbindung zu einem Terroristen, der vor einigen Monaten in einem Land der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Terroranschlags festgenommen wurde.

Einige dieser Bilder sind drastisch und deuten darauf hin, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die etwas mit kriminellen Gruppen zu tun haben, mit sexuell gestörten Menschen. Auf einem dieser Bilder ist die Person zu sehen, der das Telefon gehörte. Noch einmal: Es geht um Fakten. Wir wollen niemanden oder ein Umfeld stigmatisieren, aber das sind die Fakten. Noch einmal: Diese Menschen halten sich völlig legal im Hoheitsgebiet von Belarus auf. Soweit das Regime eine Bedrohung für seine Bürger mit oppositionellen Ansichten darstellt, stellt es mit Sicherheit für keinen dieser Menschen eine Bedrohung dar. Es handelt sich um illegale Einwanderer, die aus

politischen Gründen und mit Unterstützung des Lukaschenko-Regimes im Begriff sind, unsere Grenze zu durchbrechen. Sie müssen verstehen, dass unsere Grenze fest sein muss. Wir dürfen nicht nachgeben, und im Moment hat der Druck an der Grenze zwischen Litauen und Lettland nachgelassen. Der Schwerpunkt liegt auf der polnischen Grenze. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Grenze durchbrochen wird, trotz verschiedener Provokationen durch belarussische Kräfte. Wenn ein belarussischer Soldat mit einer Langwaffe auf unseren Soldaten zielt, lädt er diese Waffe nach. Auf der anderen Seite könnte unser Offizier oder Soldat nämlich denken, dass gleich ein Schuss fällt. Bislang ist dieser Schuss nicht gefallen, und unsere Soldaten und Offiziere haben Nerven aus Stahl, denn sie wissen, mit wem sie es zu tun haben und mit welcher Art von Provokationen. Wenn Feuerwerkskörper in die Richtung unserer Soldaten geworfen werden, die an der Grenze Sperren errichten, wenn irgendwelche Ladungen ausgelegt werden, Pakete, von denen niemand weiß, was sie enthalten, dann rennt der Soldat plötzlich weg, in der Annahme, dass eine Explosion bevorsteht. Mit solchen Situationen haben wir an der Grenze jeden Tag zu tun. Unsere Soldaten, unsere Offiziere, haben Nerven aus Stahl. Sie wissen, was die andere Seite vorhat: Sie wollen, dass ein Schuss von der polnischen Seite abgegeben wird.

Meine Damen und Herren, zum einen bedeuten diese Situationen, dass gefährliche Personen zu uns gebracht werden, die wir bereits identifiziert haben. Andererseits bedeuten die von der anderen Seite der Grenze verursachten beispiellosen Spannungen, dass ich als Innenminister, der für die Sicherheit unserer Grenze verantwortlich ist, der Regierung, dem Ministerrat, eine Empfehlung zur Verlängerung des Ausnahmezustands vorlegen werde. Der Ansturm geht weiter, illegale Migranten, die von belarussischen Strukturen an der Grenze unterstützt werden, provozieren Zwischenfälle, die zu sehr hitzigen Situationen führen könnten. Wir müssen das Gefühl haben, dass unsere Grenze streng bewacht wird, dass unsere Soldaten, unsere Offiziere in diesem schmalen Grenzstreifen, der für die politischen Ziele des Feindes entscheidend ist, frei operieren können. Wir werden überleben, meine Damen und Herren, unter der Voraussetzung, dass die Grenze fest verteidigt wird. Sie wird entschlossen verteidigt und wird entschlossen verteidigt werden. Dies ist der beste Weg, um die Sicherheit unseres Landes, unserer Bürger und der Europäischen Union zu gewährleisten, und alle vernünftigen Menschen wissen das.